

E-PAPER

Studie

Selbstverständlich europäisch!?! 2022

Erwartungen der Bürgerinnen
und Bürger an die deutsche
Europapolitik in der «Zeitenwende»

VON JOHANNES HILLJE UND CHRISTINE PÜTZ

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Mai 2022
In Kooperation mit Das Progressive Zentrum

Selbstverständlich europäisch!? 2022

Von Johannes Hillje und Christine Pütz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zusammenfassung	5
Einleitung	8
1 Studiendesign: Dimensionen des Selbstbildes Deutschlands in der EU	14
2 Repräsentative Umfrage zur Rolle Deutschlands in der EU	18
3 Erwartungen an die deutsche Europapolitik in der «Zeitenwende»	29
Fazit	35
Die Autorinnen und Autoren	37

Vorwort

Inmitten der «Zeitenwende» durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger, dass Deutschland entschiedener und stärker europapolitisch ausgerichtet auf die schlagartig gestiegenen vielfältigen Herausforderungen reagiert. Dies zeigt die vorliegende Studie *Selbstverständlich europäisch!?*, die im vierten Jahr in Folge das Selbstbild der Deutschen bezüglich Deutschlands Rolle in der EU und ihre Erwartungen an die deutsche Europapolitik untersucht. Unter dem Eindruck der aktuellen Bedrohungen und Herausforderungen für Europa macht die Studie drei Trends aus.

Eine große Mehrheit wünscht sich von der Bundesregierung für die Zukunft eine aktivere und zugleich kooperative Führungsrolle in der EU als zuletzt. Dabei geht es sowohl um das europäisch abgestimmte Vorgehen als Reaktion auf den russischen Angriff als auch um die gemeinsame Bewältigung der Folgen des Krieges. Den Wunsch nach einer kooperativen Führungsrolle teilen auch Deutschlands europäische und transatlantische Partner. Um den angekündigten Paradigmenwechsel in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik tatsächlich und nachhaltig vollziehen zu können, wird sich Deutschland von seinem tradierten Rollenverständnis als «politischer Zwerg und wirtschaftlicher Riese» in Europa lösen müssen. Dafür bedarf es einer ehrlichen und kritischen Auseinandersetzung mit den Traditionen und Handlungsmustern bundesrepublikanischer Außen- und Handelspolitik.

Die Erwartungen und Ansprüche an ein handlungsfähiges Europa sind gewachsen. Mehr Befragte als im Vorjahr sind davon überzeugt, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit der EU als alleine erreichen kann. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges, der mitten in die Covid-19-Pandemie fällt, sind immer noch kaum absehbar; doch ist jetzt schon klar, dass sie immens sein werden. Dass zur Bewältigung dieser Folgen ein gemeinsames europäisches Handeln wirkungsvoller als nationale Alleingänge ist, sind sich die Deutschen mehrheitlich gewiss. Doch dafür muss die EU handlungsfähiger werden. Auch wenn dies vor allem vom politischen Willen der Regierungen abhängt, würde die Ausweitung der Mehrheitsregel im Rat angemessenere Bedingungen für zeitnahe und substantielle Entscheidungen schaffen. Ein geeintes und zügiges Vorgehen der EU-Partner, wie in den ersten Wochen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, wissen die Bürgerinnen und Bürger zu schätzen.

Bemerkenswert und zugleich in diesem Kontext naheliegend ist, dass eine überaus deutliche Mehrheit zur Bewältigung der Folgen des Krieges gemeinsame Investitionen in europäische Zukunftsaufgaben unterstützt und deren Finanzierung über einen Investitionsfonds z.B. für Energie oder Verteidigung positiv gegenübersteht. Wichtigste Priorität nach dem russischen Angriff sehen die Bürgerinnen und Bürger in der Energieunabhängigkeit (gefolgt von Verteidigungsfähigkeit und Inflationsbekämpfung). Der Abbau der Energieabhängigkeit muss allerdings Hand in Hand mit dem European Green Deal und der

Energiewende gehen und so als Katalysator der sozial-ökologischen Transformation in ganz Europa wirken.

Neben diesen drei aktuellen Trends gewährt die Studie spannende Langzeiteinblicke. Wie in den vergangenen Jahren werden die sozio-demographischen Unterschiede deutlich. Grundsätzlich stehen Menschen aus dem ländlichen Raum und mit prekären sozialen Verhältnissen der EU skeptischer gegenüber. Ein besonderes Augenmerk in der aktuellen Krise muss deshalb auf die Folgen der unkontrolliert steigenden Energie- und Lebensmittelpreise gelegt werden. Zu den europapolitischen Prioritäten muss daher auch zählen, wachsende ökonomische Ungleichgewichte und die Stadt-Land-Spaltung zu verringern und so die vulnerablen Gruppen in der Transformation zu unterstützen. Gerade in Krisenzeiten ist es eine zentrale, nur gemeinschaftlich-europäisch wahrzunehmende Aufgabe, die Schere zwischen Arm und Reich innerhalb Europas nicht weiter aufgehen zu lassen. Dies könnte ansonsten zu Verwerfungen in den EU-Mitgliedsländern führen und eine gefährliche Legitimationskrise der Europäischen Union verursachen. Die französische Präsidentschaftswahl, aus der äußerst EU-skeptische Kräfte am linken und rechten Rand gestärkt hervorgegangen sind, sollte eine Mahnung sein, dass Europa seine Handlungsfähigkeit wirksam unter Beweis stellen muss. Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftsstärkstes Land spielt Deutschland hierbei eine zentrale Rolle.

Auch wenn angesichts der akuten Bedrohungen durch den russischen Krieg neue Themen auf der Prioritätenliste nach oben gerutscht sind, bleibt die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU und weltweit dennoch weiterhin die entscheidende Herausforderung der nächsten Jahre. Mit dem russischen Angriffskrieg geht es nicht mehr nur um die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU, sondern auch um die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Ordnung Europas gegenüber Autoritarismus.

Die vorliegende Studie *Selbstverständlich europäisch!?* plädiert für eine Europäisierung der deutschen Europapolitik, die im Einklang mit den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und der europäischen Partner steht. Sie ist ein wichtiger Beitrag für die Debatte über die Neujustierung der deutschen Europapolitik in der «Zeitenwende».

Mein Dank gilt Dr. Christine Pütz, unter deren Leitung die vorliegende vierte Studie durchgeführt wurde. Ebenso geht mein herzlicher Dank an den Ko-Autor Dr. Johannes Hillje und unseren Kooperationspartner Das Progressive Zentrum.

Berlin, im Frühjahr 2022

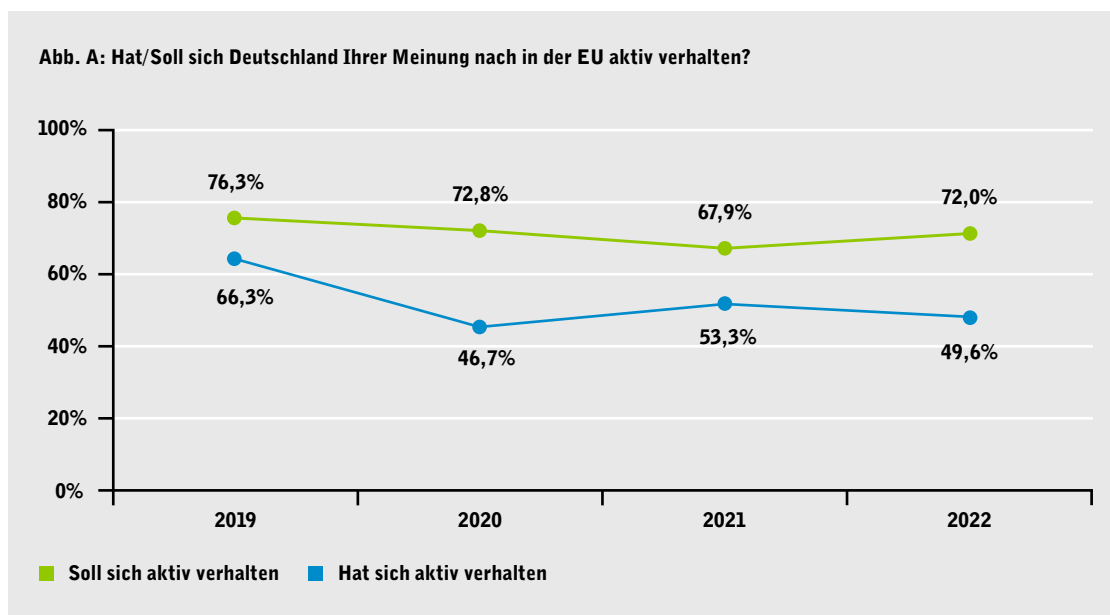
Jan Philipp Albrecht
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Zusammenfassung

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine markiert eine «Zeitenwende» für Europa. Diese verlangt auch eine Neuausrichtung deutscher Europapolitik. Während die gemeinsame unmittelbare Reaktion der EU-Länder auf Russlands Invasion so schnell, substantiell und geschlossen wie selten zuvor in der Geschichte der EU war, sind seitdem erste Differenzen deutlich geworden (z.B. bezüglich eines Energieembargos). In diesem Kontext untersucht die diesjährige Studie *Selbstverständlich europäisch?!*, wie die deutsche Bevölkerung das Vorgehen der Bundesregierung und der EU bewerten und welche Erwartungen sie an Deutschlands Rolle in Europa haben. Die Langzeitstudie erhebt zudem im vierten Jahr in Folge das deutsche Selbstbild in der Europapolitik.

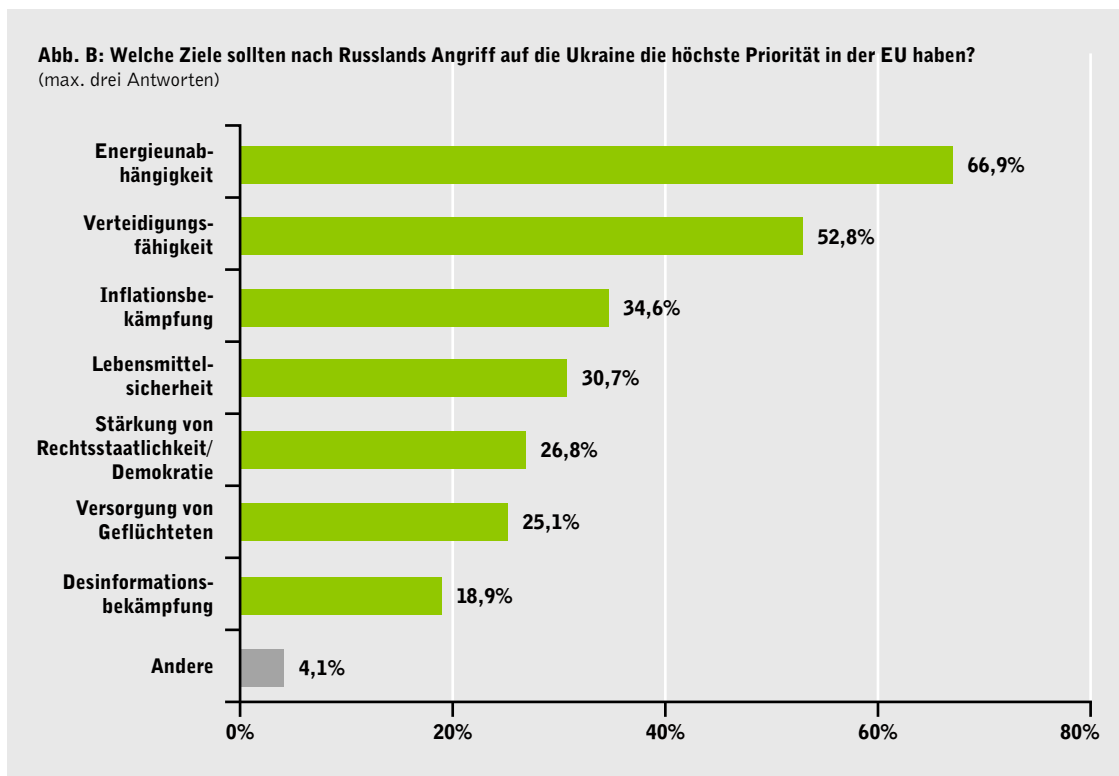
Die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Umfrage^[1]

- **Deutschland soll in Europa aktiver werden:** Das Verhalten der Bundesregierung in der EU haben in letzter Zeit weniger als die Hälfte (49,6 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger als aktiv wahrgenommen. Knapp 40 Prozent nahmen die Bundesregierung in letzter Zeit auf EU-Ebene weniger aktiv wahr. Für die Zukunft wünschen sich jedoch 72 Prozent ein aktives Verhalten. Zusätzlich befürworteten 68,3 Prozent ein kooperatives Auftreten Deutschlands in Europa.



1 Das Meinungsforschungsunternehmen Civey hat für diese Studie 5.000 Personen im April 2022 online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren. Der Fragebogen wurde u.a. auf Basis von Fokusgruppen erstellt, die 2019 und 2021 durchgeführt wurden.

- **Energieunabhängigkeit hat nach Russlands Angriff höchste Priorität:** 72,1 Prozent der Deutschen bewerten die unmittelbare Reaktion der EU auf Russlands Invasion als angemessen. Für die kommende Zeit sind die Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, dass die Unabhängigkeit der Energieversorgung das dringlichste Thema (66,9 Prozent) innerhalb der EU ist. Als weitere Bereiche mit hoher Priorität folgen die Verteidigungsfähigkeit der EU-Staaten (52,8 Prozent), Inflationsbekämpfung in der EU (34,6 Prozent), Lebensmittelsicherheit (30,7 Prozent) sowie die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie (26,8 Prozent).



- **Mehrheit für neuen EU-Investitionsfonds:** 37,6 Prozent der Deutschen sprechen sich für einen neuen EU-Investitionsfonds für Energieunabhängigkeit aus; weitere 37,5 Prozent für Fonds für Energieunabhängigkeit wie auch für Verteidigung; und zusätzliche 10,1 Prozent für einen Fonds allein für Verteidigung. Nur 11,4 Prozent sprechen sich gegen ein neues gemeinsames Investitionsinstrument aus. Als Finanzierungsquelle befürworten 49,4 Prozent die Einführung von EU-Steuern (z.B. Digitalsteuer), 47 Prozent sprechen sich für Beiträge der Mitgliedsstaaten aus. Außerdem sprechen sich 48,1 Prozent für mehr Spielraum für Zukunftsinvestitionen auf nationaler Ebene aus, 33,4 Prozent sind dagegen für strikte Haushaltsdisziplin in den EU-Staaten, und 18,5 Prozent sind unentschieden.
- **Stabile Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft:** Ähnlich wie im Vorjahr sehen zwei Drittel der Deutschen (66,2 Prozent) in der EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile. Gestiegen im Vergleich zu 2021 ist die Zustimmung zum politischen Nutzen der EU: 63,7 Prozent (+ 4,2 Prozent) der Befragten meinen, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit als ohne die EU erreichen kann. Gesunken ist hingegen die

Zustimmung zum wirtschaftlichen Nutzen der EU-Mitgliedschaft: 48,8 Prozent (- 4,5 Prozent) sind der Meinung, dass rein wirtschaftlich gesehen der Nutzen der EU-Mitgliedschaft die Kosten überwiegt. 46,4 Prozent (+ 3,8 Prozent) meinen, dass die Kosten überwiegen, was u.a. auf die insgesamt gestiegene wirtschaftliche Verunsicherung zurückgeführt werden kann.

Erwartungen an die deutsche Europapolitik in der «Zeitenwende»

Die Studie gibt auf Basis der Umfrageergebnisse Impulse zu den folgenden drei Bereichen:

- **Aktivere Rolle Deutschlands in der EU:** Die Bürgerinnen und Bürger erwarten eine aktive Rolle Deutschlands in Europa. Auch viele der EU-Partner wünschen sich, dass Deutschland seiner besonderen Verantwortung gerecht wird. Die Bundesregierung sollte dabei nicht nur eine moderierende, sondern auch eine proaktiv gestaltende Rolle einnehmen. Initiativen sind nun in erster Linie für die (in den European Green Deal eingebettete) Energieunabhängigkeit Europas sowie die Neuaufstellung der europäischen Sicherheitsarchitektur gefragt.
- **Europäische Handlungsfähigkeit stärken:** Nur eine handlungsfähige EU wird die aktuellen und zukünftigen Bedrohungen und Herausforderungen meistern können. Inhaltlich geht es darum, die europäische Souveränität etwa in Energie-, Wirtschafts- und Verteidigungsfragen zu erhöhen. Institutionell geht es um effiziente Entscheidungsprozesse, die verbindliche Entscheidungen in einem absehbaren Zeitraum ermöglichen. Deshalb sollten Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat ausgeweitet werden, wie es auch in den Vorschlägen der «Konferenz zur Zukunft Europas» gefordert wird. Eine wichtige Voraussetzung für europäische Handlungsfähigkeit ist zudem ein starkes Fundament, bestehend aus Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, das es in allen Mitgliedsstaaten zu verteidigen und zu stärken gilt.
- **In Europas Zukunft investieren:** Handlungsfähigkeit beruht auch auf finanzpolitischer Ermöglichung. Die neuen Herausforderungen mit Blick auf Europas Energieunabhängigkeit und Verteidigungsfähigkeiten erfordern zusätzliche Investitionen. Die Bürgerinnen und Bürger stehen einem neuen EU-Investitionsinstrument positiv gegenüber. Für die Finanzierung sollten die EU-Staaten auch neue Eigenmittel für die EU schaffen, beispielsweise eine CO₂-Grenzabgabe, eine Plastik- oder Digitalsteuer. Für die Mitgliedsstaaten sollte zudem mehr Flexibilität für Zukunftsinvestitionen auf nationaler Ebene ermöglicht werden. Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts könnte etwa Investitionen in die Dekarbonisierung gesondert behandeln (z.B. über eine «Green Golden Rule»), anstatt sie mit anderen, weniger zukunftsgerichteten Ausgaben gleichzustellen.

Einleitung

«Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen.»^[2] Mit dieser Feststellung leitete Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 seine Rede in einer Sondersitzung des Bundestages ein. Unzählige Male wurde seitdem aus dieser Rede, die gemeinhin als «Zeitenwende-Rede» bezeichnet wird, zitiert und auf ihre politischen Implikationen Bezug genommen. Während der Bundeskanzler mit dem Begriff der «Zeitenwende» zunächst die bloße Diagnose eines fundamentalen Wandels der Weltpolitik auf den Punkt brachte («die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor»), formulierte er seine Schussfolgerungen daraus als Handlungsaufträge für die deutsche Politik. Diese umfassen unter anderem ein 100 Milliarden Euro schweres Ausgabenpaket für die Bundeswehr, die Erfüllung der Zwei-Prozent-Klausel der NATO für Verteidigungsausgaben ab 2024 sowie eine «verantwortungsvolle, vorausschauende Energiepolitik». Erst gegen Ende seiner Rede schlug Scholz den Bogen zur Europapolitik – «die Zeitenwende trifft nicht nur unser Land. Sie trifft ganz Europa ...» –, verzichtete dann aber im Unterschied zu den genannten bundespolitischen Maßnahmen auf konkrete politische Ableitungen für die Europäische Union. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg und dessen politische Konsequenzen bilden den aktuellen Schwerpunkt der diesjährigen Studie zur deutschen Europapolitik. Im vierten Jahr in Folge wurden mit einer repräsentativen Umfrage deutsche Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Haltung zu Deutschlands Rolle in der EU befragt.

«Zeitenwende» auch für Europa

Die gemeinsame Reaktion der europäischen Staatengemeinschaft auf die Invasion Russlands in die Ukraine ließ nicht lange auf sich warten. «Russlands Angriffskrieg bedeutet eine tektonische Verschiebung in der Geschichte Europas», konstatierten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beim informellen EU-Gipfel am 11. März in Versailles.^[3] Im Gegensatz zur Rede des Bundeskanzlers, deutete sich in der Abschlusserklärung von Versailles zumindest schemenhaft an, was die Zeitenwende für die gemeinsame europäische Politik bedeutet. Die Mitgliedsstaaten benennen drei Handlungsbereiche: die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der EU, die Verringerung der Energieabhängigkeiten und den Aufbau einer resilienteren wirtschaftlichen Basis, womit

2 Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27.02.2022 im Bundestag, www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356

3 Abschlusserklärung des informellen Europäischen Rats am 10./11.03.2022 in Versailles, www.consilium.europa.eu/media/54802/20220311-versailles-declaration-de.pdf

insbesondere die Erhöhung der europäischen Autonomie bei strategisch wichtigen Gütern gemeint ist. All das, so heißt es anschließend in der Erklärung, erfordere Investitionen. Zum Zeitpunkt des Treffens in Versailles hatte sich die europäische Staatengemeinschaft bereits auf eine unmittelbare Reaktion auf Russlands Angriff verständigt. Diese erste Reaktion war in mindestens dreifacher Hinsicht bemerkenswert:

Erstens, das *Tempo* der Beschlüsse war für EU-Verhältnisse von enorm hoher Geschwindigkeit. Häufig ist die Handlungsfähigkeit der EU durch langwierige Entscheidungsprozesse, schwache Kompromisslinien aus Nachtverhandlungen oder schlicht Uneinigkeit eingeschränkt. «Too little, too late» lautet ein gängiges Urteil über das Handeln der Staatengemeinschaft, das zuletzt während der Corona-Pandemie geäußert wurde. Diesmal dauerte es nur drei Tage bis erste handfeste Entscheidungen getroffen wurden. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sagte vor dem Europäischen Parlament zu den Sanktionen gegen Russland: «Vor drei Tagen war es unmöglich, und jetzt ist es möglich.»^[4]

Zweitens ist die politische *Substanz* der Entscheidungen von beachtlicher Dimension: erstmalige Finanzierung von Waffenkäufen und -lieferungen an eine Kriegspartei, die nicht einmal EU-Mitglied ist; die bislang weitreichendsten Sanktionen gegen Russland (sechs Sanktionspakete wurden mittlerweile aufgesetzt), darunter der Ausschluss mehrerer russischer Banken aus SWIFT; eine signifikante Reduktion der Energieabhängigkeit von Russland binnen weniger Monate; die erstmalige Aktivierung des temporären Schutzmechanismus für ukrainische Flüchtlinge und eine Stärkung der gemeinsamen Verteidigungsfähigkeiten.

Drittens reagierte die Europäische Union selten mit derart großer *Einigkeit*. Insbesondere bei Themen, die der Krieg auf die Tagesordnung gesetzt hat, waren die Mitgliedsstaaten häufig zerstritten: Die Aufnahme von Geflüchteten aus anderen Regionen hat die Union bis zuletzt gespalten, bei der Aufnahme der Schutzsuchenden aus der Ukraine herrscht nun gemeinsame Solidarität. Auch das deutsch-russische Energieprojekt «Nord Stream 2» war jahrelang ein Streitpunkt in der EU, weil Deutschland trotz der massiven Widerstände seiner EU-Partner, insbesondere der mittelosteuropäischen Staaten, am Bau der Gaspipeline festhielt. Erst wenige Tage vor Russlands Angriffskrieg legte die neue Bundesregierung (als Reaktion auf die russische Anerkennung der beiden sogenannten «Volksrepubliken» Donezk und Luhansk) das Projekt auf Eis.

4 Euractiv: Ukraine war is «birth of geopolitical Europe», EU top diplomat says, 01.03.22, www.euractiv.com/section/europe-s-east/news/ukraine-war-is-birth-of-geopolitical-europe-eu-top-diplomat-says

Einigkeit ohne Nachhaltigkeit?

Es dauerte allerdings nur bis zum nächsten EU-Gipfel, der zwei Wochen nach der Zusammenkunft in Versailles folgte, dass erste Risse in der Einigkeit der EU sichtbar wurden. So gab es beispielsweise bei der Frage, ob die EU ein Embargo auf alle russischen Energieimporte (Knackpunkt: Gas) verhängen sollte, keine gemeinsame Position. Finnland, Polen und die baltischen Staaten sprachen sich für das Embargo aus – Deutschland, Österreich und Ungarn positionierten sich dagegen.^[5] Auch beim Ölembargo pochten wiederum manche mittelosteuropäischen Staaten auf Sonderregelungen. Uneins blieben die Staaten ebenfalls bezüglich der politischen Maßnahmen zur Eindämmung steigender Energiepreise. Und auch in der Flüchtlingspolitik entbrannten jenseits des Konsenses über die grundsätzliche Aufnahme der Geflüchteten rasch die bekannten alten Streitpunkte: Der Versuch sich auf verbindliche Aufnahmequoten für jeden EU-Mitgliedsstaat zu einigen, scheiterte Ende März im Rat für Justiz und Inneres.^[6] Dennoch gelingt es den EU-Staaten bislang, weiterhin gemeinsam relativ schnell substantielle Entscheidungen zu treffen.

Russlands Überfall auf die gesamte Ukraine ist ein historischer Realitätsschock für das Friedensprojekt Europa. Vermeintliche geo-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Gewissheiten müssen revidiert werden, ein Zurück zu einem vormals als «Normalität» verstandenen Zustand erscheint unmöglich, selbst die Pfade dorthin als endgültig unverantwortlich (z.B. starke Energieabhängigkeit von einem externen Akteur).

Debatte über Investitionen

Neben den sicherheitspolitischen Fragen sind derzeit die wirtschaftlichen Folgen des Krieges für die EU noch nicht vollumfänglich absehbar. Klar ist allerdings, dass sich die ökonomischen Bedrohungen in Europa mittlerweile akkumulieren. Erst kürzlich führte die Corona-Pandemie zur schwersten Rezession in Europa seit dem zweiten Weltkrieg. Der russische Angriff ereignete sich inmitten einer ökonomischen Erholungsphase. Einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Corona-Krise leistet der Wiederaufbaufonds, ein einmaliger Akt von solidarischer Finanzpolitik in der EU: Über den Wiederaufbaufonds erhielten EU-Länder erstmalig nicht rückzahlbare Zuschüsse, deren Verwendung an zukunftsorientierte Ziele wie Klimaschutz und Digitalisierung sowie erstmalig auch an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit gebunden sind. Die Mitgliedsstaaten haften gemeinsam für die zu diesem Zweck aufgenommenen Schulden über den EU-Haushalt. In seiner

5 Süddeutsche Zeitung: «EU-Streit über Energie-Embargo», 24.03.22, www.sueddeutsche.de/politik/international-eu-streit-ueber-energie-embargo-wir-finanzieren-den-krieg-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220324-99-659559

6 Erklärung nach der außerordentlichen Tagung des Rates «Justiz und Inneres» am 28.03.22., www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2022/03/28

damaligen Funktion als Bundesfinanzminister nannte Olaf Scholz die Einführung dieses finanzpolitischen Instruments den europäischen «Hamilton-Moment».^[7] Gemeint war der erste US-amerikanische Finanzminister Alexander Hamilton, der im 18. Jahrhundert mittels gemeinsamer Schuldenaufnahme der Schaffung der Vereinigten Staaten von Amerika den ausschlaggebenden Schub gab. Im Zuge der noch nicht überstandenen Corona-Krise und der sich nun verschärfenden Energie- und Sicherheitskrise stellt sich den EU-Mitgliedsstaaten aus wirtschafts- und finanzpolitischer Sicht eine mehrfache Herausforderung: Im Bereich staatlicher Wirtschaftshilfen drängt sich zusätzlich zu den pandemiebedingten Unterstützungsmaßnahmen die Stabilisierung der durch die Sanktionen und gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise (und die Knappheit dieser Ressourcen) gebeutelten Unternehmen auf. Hierzu werden in erster Linie die nationalen Haushalte von EU-Mitgliedsstaaten beansprucht. Im Bereich öffentlicher Investitionen kommen zur klimapolitischen Notwendigkeit sicherheits- und geopolitische Faktoren für eine beschleunigte Transformation und Dekarbonisierung der Energieversorgung hinzu. Die Modernisierung von Verteidigung und Zivilschutz erfordert ebenso staatliche Ausgaben wie die bereits beschlossenen Zukunftsaufgaben in anderen Bereichen wie der Digitalisierung oder des European Green Deal. Diese zusätzlichen Investitionsaufgaben könnten nicht nur durch nationale Ausgaben, sondern auch über europäische Instrumente finanziert werden. Zu beiden Themen, der Ermöglichung von mehr Spielraum für die nationalen Haushalte als auch der Aufsetzung europäischer Investitionsprogramme, werden derzeit unterschiedliche Maßnahmen diskutiert: Einige Mitgliedsstaaten, darunter Frankreich und Italien, fordern infolge der Ukraine-Invasion die Einrichtung eines neuen Investitionsfonds nach dem Vorbild des Corona-Wiederaufbaufonds. Der neue Gemeinschaftsfonds könnte etwa Investitionen für Energiesicherheit und Verteidigung ermöglichen. Unabhängig davon wird eine Flexibilisierung der Vorgaben für Haushaltsdefizite und Schuldenquote der nationalen Staatsfinanzen (Stabilitäts- und Wachstumspakt) diskutiert, konkret beispielsweise die Einführung einer «Green Golden Rule» zur Ermöglichung von grünen Investitionen.^[8]

Bundesfinanzminister Christian Lindner äußerte sich ablehnend gegenüber einem neuen europäischen Investitionsfonds. Bei den Haushaltsregeln zeigte er sich für mehr «Flexibilität» offen, mahnte aber gleichwohl Haushaltsdisziplin an. In manchen deutschen Medien wurden alte Reflexe mit Blick auf neue Gemeinschaftsinvestitionen ausgelöst, die den alten Mythos von Deutschland als «Zahlmeister Europas» rasch reaktivierten. Nach dem Gipfel in Versailles hieß es in der WELT am Sonntag: «Frankreich hat mit dem Euphemismus einer «europäischen Investitionsstrategie» die Schleusen geöffnet für einen massiven Ausbau der Schuldenunion, die bald kommen dürfte und vor allem von Deutschland bezahlt

7 DIE ZEIT: Interview mit Olaf Scholz, 19.05.20, www.zeit.de/2020/22/olaf-scholz-europaeische-union-reform-vereinigte-staaten

8 Bruegel: A green fiscal pact: climate investment in times of budget consolidation, 09.09.21, www.bruegel.org/2021/09/a-green-fiscal-pact-climate-investment-in-times-of-budget-consolidation

werden wird.» Wieder einmal zeigt sich: Wenn es in Europa um Geld geht, wird der Ton in Deutschland schärfer.^[9]

Erwartungen an Deutschlands Rolle in Europa

Wenige Monate nach Übernahme der Amtsgeschäfte sieht sich die Bundesregierung mit einer völlig neuen Ausgangslage auf allen Ebenen konfrontiert. Im Zentrum der Debatte steht dabei wieder einmal die Rolle, die Deutschland in der akuten Krisenlage in der EU einnimmt: Der Kurswechsel der Bundesregierung in der deutschen Sicherheitspolitik wurde nicht nur in Deutschland, sondern auch von den europäischen Partnern auf breiter Front begrüßt. Es herrschte große Einigkeit darüber, dass eine Neujustierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, die Deutschlands Verantwortung in der Welt gerecht wird, überfällig und – im konkreten Fall – die Ukraine schnell und vollumfänglich zu unterstützen sei. In der praktischen Umsetzung wurden in den letzten Wochen jedoch Unterschiede zwischen den Koalitionspartnern sichtbar, insbesondere was Tempo und Substanz betrifft. Als bald kamen auch Zweifel bei den EU-Partnern an der unmittelbaren praktischen Umsetzung des angekündigten Kurswechsels auf, wie auch an Deutschlands Willen, eine Führungsrolle in Europa zu übernehmen. So gab es etwa Kritik bei der Zurückhaltung gegenüber einem Embargo von russischen Gasimporten und über längere Zeit auch an Umfang und Geschwindigkeit der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine. Wieder einmal stand der Vorwurf von Deutschland als «Zauderer» und «Bremsler» im Raum, nicht zuletzt auch, weil es dem Bundeskanzler in Europa kommunikativ nicht gelang, Deutungshoheit über das eigene Handeln zu erlangen. Dieser Eindruck konnte nur teilweise durch eine explizitere Kommunikation anderer Kabinettsmitglieder austariert werden.

Das Ziel dieser Studie ist es, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Europapolitik der Bundesregierung zu untersuchen. Mit welchen politischen Prioritäten, welcher Haltung und welchem Selbstverständnis soll die Bundesregierung ihre Europapolitik in diesen schwierigen Zeiten gestalten? Dabei ist die Erforschung der Erwartungen an Deutschlands Rolle in der EU Teil einer Langzeituntersuchung.^[10] Die Erwartungen an die Prioritäten der Europapolitik im Kontext des Angriffskrieges Russlands bildet den aktuellen Themenschwerpunkt der diesjährigen Untersuchung. Die vorliegende Studie gliedert sich in drei Teile: Im ersten Kapitel wird das theoretische und methodologische Grundgerüst der Umfrage erläutert. Im zweiten Kapitel werden die Ergebnisse der eigens für diese Studie durchgeführten repräsentativen Umfrage vorgestellt. Im dritten Kapitel werden auf Basis dieser Ergebnisse Ableitungen für die deutsche Europapolitik formuliert

9 DIE WELT: «Ein Gipfel der Schande», 11.03.22, www.welt.de/debatte/kommentare/plus237468715/EU-Treffen-in-Versailles-Ein-Gipfel-der-Schande.html

10 Die vorliegende Studie ist die vierte Ausgabe einer als Langzeitstudie angelegten jährlichen Befragung der Deutschen zum Selbstverständnis Deutschlands in der EU.

und Ansätze für eine zeitgemäßes Selbstverständnis von Deutschlands Rolle in der EU in einer europapolitischen «Zeitenwende» skizziert. Wie in den vergangenen Jahren soll diese Studie eine Debatte über die Zukunft der deutschen Europapolitik anregen.

1 Studiendesign: Dimensionen des Selbstbildes Deutschlands in der EU

Die vorliegende repräsentative Umfrage zu Deutschlands Rolle in der EU ist Teil einer durch die Heinrich-Böll-Stiftung und Das Progressive Zentrum durchgeführten Langzeitstudie (siehe Details zur Methodik im Anhang). Das Studiendesign basiert auf einer qualitativen Analyse von 2019, die – gestützt auf Fokusgruppen – drei Dimensionen entwickelt hat, die für die Konstruktion des Selbstbildes zentral sind.^[11] Die Dimensionen beziehen sich auf die Bewertung der politischen Rolle Deutschlands in der EU, finanzpolitische Fragestellungen sowie das Kosten-Nutzen-Verhältnis der EU-Mitgliedschaft. Sie bilden jene Aspekte ab, die von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Gruppendiskussionen selbst herangezogen wurden, um ihre Wahrnehmung von Deutschlands Rolle in der EU, der deutschen Europapolitik und ihre Haltung zu dieser Politik zu beschreiben. Die drei Dimensionen, die sich zur Operationalisierung des Selbstbildes ergaben, dienen als konzeptionelle Grundlage für die vorliegende Studie wie auch bereits für die drei Vorgängerstudien.^[12] Zusätzlich zu den drei Dimensionen, die seitdem fester Bestandteil der Langzeitstudie sind, enthielt der diesjährige Fragebogen einen aktuellen Schwerpunkt zu den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Neujustierung der deutschen Europapolitik als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine.

Erste Dimension: Politische Rolle Deutschlands

Die erste Dimension des Selbstbildes ist die politische Rolle Deutschlands in der Europäischen Union. Diese Dimension besteht aus zwei Teilaspekten: Zum einen geht es dabei um den politischen Einfluss, den Deutschland durch die Formulierung eigener (oder gemeinsamer) Initiativen, das Vorbringen bestimmter Projekte oder der Vermittlung in innereuropäischen Konflikten in der EU entfaltet. In dieser Hinsicht könnte Deutschland ein Motor für Europa sein, in dem es durch eine aktive, gestalterische Rolle Einfluss auf die Entwicklung der EU nimmt. Verhält sich die Bundesrepublik politisch eher passiv, entspricht dies dem in Deutschland traditionell weit verbreiteten Selbstbild vom «wirtschaftlichen Riesen» und «politischen Zwerg» in Europa. Das Engagement Deutschlands in der EU wird in dieser Studie folglich durch die beiden Pole «aktiv» und «passiv» beschrieben.

11 Durch die Agentur für Meinungsforschung pollityx erstmalig 2019 realisiert und 2021 aktualisiert. Vgl. auch Johannes Hillje und Christine Pütz (2019): Vom Zahlmeister zum Zukunftsmeister, www.boell.de/de/2019/04/08/vom-zahlmeister-zum-zukunftsmeister

12 Heinrich-Böll-Stiftung und Das Progressive Zentrum: Selbstverständlich europäisch!?, www.boell.de/de/2021/06/15/selbstverstaendlich-europaeisch-2021

Der zweite Teilaspekt der politischen Rolle Deutschlands ist das Auftreten gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten, also der Umgangstil, den die Bundesregierung in der EU gegenüber ihren EU-Partnern an den Tag legt. Als der ehemalige CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder während der Eurokrise sagte, «jetzt auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen», deutete diese Aussage auf einen Dominanzanspruch in Europa hin.^[13] Ein in diesem Sinne formulierter Führungsanspruch erzeugte in der Vergangenheit in den anderen Mitgliedsstaaten nicht selten eine negative Reaktion, die sich mitunter in Fremdzuschreibungen wie dem deutschen «Zuchtmeister» zuspitzten. Das Auftreten Deutschlands gegenüber anderen Ländern wird in dieser Dimension unserer Umfrage mit den beiden Polen «dominant» und «kooperativ» operationalisiert.

Zweite Dimension: Finanzpolitische Haltung Deutschlands

Die zweite Dimension des Selbstbildes Deutschlands in der EU besteht ebenfalls aus zwei Teilaspekten. Der erste Aspekt bezieht sich auf die Wahrnehmung des finanziellen deutschen Engagements. Im Zentrum steht der finanzielle Beitrag Deutschlands zum EU-Budget. Es gehört zu den weit verbreiteten Narrativen der deutschen Europapolitik, dass Deutschland der «Zahlmeister Europas» sei. Diese Perspektive verengt die Kosten-Nutzen-Rechnung der deutschen EU-Mitgliedschaft auf eine unzulässige Weise. Deutschland zahlt als größte Volkswirtschaft in absoluten Zahlen zwar den größten Beitrag in den EU-Haushalt ein.^[14] Deutschlands Beitrag zum EU-Haushalt lag 2020 bei 28,06 Milliarden Euro, gefolgt von Frankreich mit 23,69 Milliarden, Großbritannien (im Jahr 2020 noch zahlendes EU-Mitglied) mit 17,08 Milliarden und Italien mit knapp 16,6 Milliarden Euro.^[15] Etwas weniger als die Hälfte des Beitrags fließt aber wieder zurück nach Deutschland (in strukturschwache Regionen, Landwirtschaft, Forschung usw.). Netto zahlte Deutschland im Jahr 2020 damit 15,5 Milliarden Euro, gefolgt von Frankreich und Großbritannien mit 10,2 und 8,0 Milliarden Euro.^[16] Pro Kopf gerechnet zahlen die Deutschen allerdings nicht am meisten ein. Hier lag Deutschland in den letzten Jahren mal an vierter Stelle (2012), mal an zweiter Stelle (2020). Pro Kopf trugen die dänischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler 2020 mit Abstand am meisten zum EU-Haushalt bei (228 Euro). Die Deutschen zahlten mit 186 Euro pro Kopf ähnlich viel ein wie die Schwedinnen und Schweden

13 Spiegel Online: «Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen», 15.11.2011, www.spiegel.de/politik/deutschland/kauders-euro-schelte-jetzt-wird-in-europa-deutsch-gesprochen-a-797945.html

14 Europäische Kommission: EU expenditure and revenue 2014–2020, http://ec.europa.eu/budget/graphs/revenue_expenditure.html

15 Statista: Die zehn wichtigsten Beitragszahler im EU-Haushalt, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155196/umfrage/die-zehn-wichtigsten-beitragszahler-im-eu-haushalt-2010>

16 Großbritannien hat trotz seines EU-Austritts 2020 noch den vollen Beitrag gezahlt. Mit dem Austritt Großbritanniens hat sich der Beitrag ab 2021 dem Proporz entsprechend erhöht.

(184 Euro) sowie die Niederländerinnen und Niederländer (180 Euro).^[17] Auch prozentual gemessen an der Wirtschaftskraft war Deutschland nicht immer größter Nettozahler, sondern wechselte sich in den vergangenen Jahren z.B. mit den Niederlanden, Schweden und sogar Italien ab.

Die Tatsache, dass Deutschland in *absoluten* Zahlen größter und *relativ* am Brutto-sozialprodukt bzw. pro Kopf gerechnet einer der größten Nettozahler ist, wird zuweilen als vermeintlicher Beleg dafür angeführt, dass Deutschland der «Zahlmeister Europas» sei. Allerdings wird diese Behauptung nicht nur durch die präzisere Einordnung des deutschen Beitrags im europäischen Vergleich teilweise entkräftet (siehe oben), sondern vielmehr noch durch den gesamtökonomischen Nutzen, den Deutschland durch den Binnenmarkt hat. Die Europäische Kommission bezifferte 2018 die Steigerung des realen Einkommens für Deutschland durch die Vorteile des Binnenmarkts auf ein Plus von knapp 120 Milliarden Euro im Vergleich zu 2014.^[18] Der Nutzen des Binnenmarkts ist faktisch deutlich höher als Deutschlands finanzieller Beitrag zur EU. Dennoch hält sich der Mythos vom «Zahlmeister Europas» zäh in der deutschen Öffentlichkeit und beeinflusst das Selbstbild Deutschlands in der EU. Für diese Dimension ist daher von Interesse, ob die Bürgerinnen und Bürger den deutschen Finanzbeitrag für zu hoch, angemessen oder zu niedrig halten und ob sie, rein wirtschaftlich gesehen, den Nutzen der EU höher einschätzen als die Kosten.

Der zweite Aspekt der finanzpolitischen Dimension betrifft die Frage von Investitionen und deren Finanzierung. Mit dem Wiederaufbaufonds, den die EU 2020 zur Überwindung der pandemiebedingten Rezession aufgelegt hat, wurde ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Erstmals hat die EU einen auf gemeinsamen Schulden basierten und an Nachhaltigkeit geknüpften Investitionsfonds aufgelegt. Die Bundesregierung hatte diese Entscheidung mit der pandemiebedingten Ausnahmesituation begründet, doch die noch unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs und die damit verbundenen energie- und sicherheitspolitischen Herausforderungen werfen nun die Frage nach Investitionen etwa für Energieunabhängigkeit und für Verteidigung neu auf. Europapolitisch ist deshalb von Interesse, ob die Deutschen gemeinsame Investitionen in Zukunftsbereiche befürworten und wie solche Investitionen finanziert werden sollen.

17 Bundeszentrale für politische Bildung: Nettozahler und Nettoempfänger, www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger-in-der-eu

18 Europäische Kommission: EU expenditure and revenue 2014-2020, http://ec.europa.eu/budget/graphs/revenue_expenditure.html

Dritte Dimension: Kosten-Nutzen der deutschen EU-Mitgliedschaft

Auch wenn es in der Europapolitik oftmals um Geld geht, lässt sich der Nutzen der europäischen Integration für die Bundesrepublik nicht eindimensional erklären. Die in der deutschen Debatte häufig vorgenommene Verkürzung auf rein finanzielle Aspekte wird dem politischen, ökonomischen und kulturellen Nutzen der europäischen Gemeinschaft nicht gerecht. Umfragen zeigen seit Jahren, dass die Bürgerinnen und Bürger die Idee eines gemeinsamen Europas und die EU-Mitgliedschaft Deutschlands alles in allem positiv und nützlich bewerten. Häufig hängt die Bewertung der EU von der aktuellen nationalen Wirtschaftslage ab. So wird in den Ländern mit stagnierender oder schrumpfender Wirtschaftsleistung die Mitgliedschaft in der EU tendenziell negativer bewertet.^[19] Nationalistische und populistische Kräfte machen die EU dann regelmäßig zum Sündenbock für die schlechte Lage der eigenen Wirtschaft und fordern einen Austritt aus der Eurozone und gar der gesamten EU. Solche Forderungen fallen vielfach auf fruchtbaren Boden, sind aber nicht nur ökonomisch äußerst kurzsichtig, sondern auch politisch, da die EU-Mitgliedschaft einzelnen Ländern zu mehr politischer Durchschlagskraft verhilft. Das gilt für eine zunehmende Anzahl von Themen, bei denen der Nationalstaat alleine kaum Handlungsfähigkeit besitzt, beispielsweise bei der globalen Klimakrise, Flucht- und Migrationsbewegungen oder dem Kampf gegen die Steuervermeidung multinationaler Unternehmen. Folglich wird in dieser Dimension der Nutzen der EU-Mitgliedschaft nach ökonomischen und politischen Aspekten unterschieden.

19 Matthew Gabel und Guy D. Whitten (1997): Economic Conditions, Economic Perceptions, and Public Support for European Integration, In: Political Behavior, 19/1, S. 81–96.

2 Repräsentative Umfrage zur Rolle Deutschlands in der EU

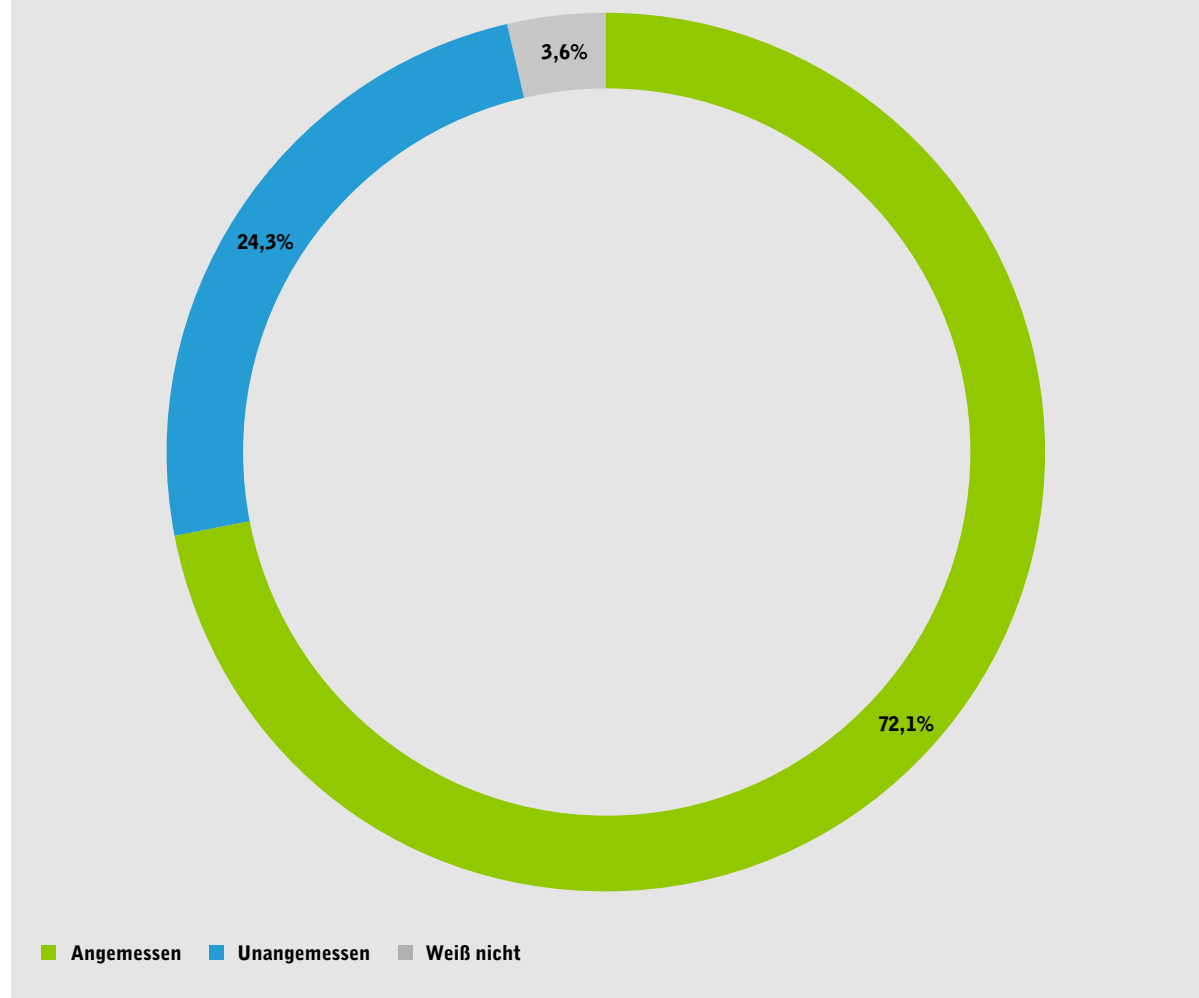
Für die vorliegende Studie wurde eine repräsentative Online-Umfrage mit einer Stichprobengröße von 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt (siehe Erläuterung der Methodik im Anhang). Die Fragen beziehen sich auf die im vorangegangenen Kapitel vorgestellten drei Dimensionen zur Rolle Deutschlands in der EU. Die Erhebung fand im April 2022 statt, während der Krieg in der Ukraine in die sechste Woche ging. In diesem Kapitel werden zunächst die Ergebnisse der Umfrage dargestellt. Dabei wird auch die Entwicklung der Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zu den Vorjahren unter Rückgriff auf die Vorgängerstudien berücksichtigt. Als Langzeituntersuchung besteht über die Hälfte des Fragebogens aus einem wiederkehrenden Fragenkatalog (seit 2019). Der restliche Teil des Fragebogens besteht aus Fragen, die sich mit den Folgen des Angriffs Russlands auf die Ukraine beschäftigt.

Drei Viertel befürworten EU-Reaktion auf Russlands Invasion

Die Reaktion der europäischen Staatengemeinschaft in den ersten Wochen nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine war (für ihre Verhältnisse) schnell, geschlossen und durch weitreichende Maßnahmen geprägt (vgl. Einleitung). Dieses Vorgehen der EU-Länder trifft auf eine hohe Zustimmung in der deutschen Bevölkerung: 72,1 Prozent bewerten die gemeinsame Reaktion der EU auf Russlands Angriff als angemessen. 24,3 Prozent beurteilen das Vorgehen der EU-Länder als unangemessen.

Die mehrheitliche Zustimmung zum Handeln der EU zieht sich quer durch die Gesellschaft: In allen Alters-, Geschlechter-, Bildungs- und Berufsgruppen, wie auch regionalen Ausdifferenzierungen (Stadt/Land, Ost/West), steht die Mehrheit hinter der europäischen Antwort auf Russlands Invasion der Ukraine. Unterscheidet man die Befragten jedoch nach Parteipräferenz, dann wird ein Unterschied zwischen der AfD und allen anderen Parteien erkennbar: 69,1 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der AfD halten die Reaktion der EU für unangemessen. Diese Haltung der Befragten passt zur Positionierung der Partei, die sich gegen jegliche Sanktionen gegen Russland ausgesprochen hat. Bei Unterstützenden der anderen Parteien liegt eine mehrheitliche Zustimmung vor, allerdings auf unterschiedlichem Niveau: Im Lager der Grünen unterstützen 90,7 Prozent das Vorgehen der EU, bei der SPD 87,1 Prozent; CDU/CSU 78,1; FDP 70,6 Prozent und Linken 55,5 Prozent.

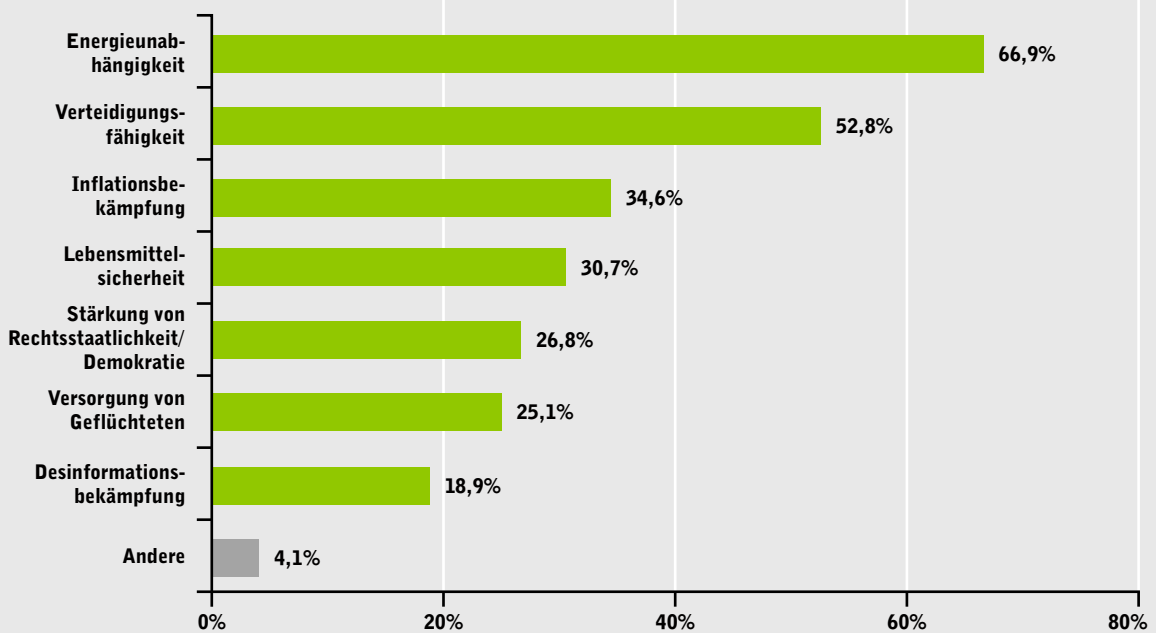
Abb. 1: Wie bewerten Sie die gemeinsame Reaktion der EU auf den Angriff Russlands auf die Ukraine?



Energieunabhängigkeit hat höchste Priorität nach Russlands Angriff

Russlands Invasion hat für Europa weitreichende Konsequenzen nach innen und außen. Neben der außenpolitischen Reaktion der EU stellt sich die Frage, welche Themen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft nach Russlands Angriff am dringlichsten sind. Dazu wurde in der Umfrage nach den Zielen gefragt, die nun in der EU höchste Priorität haben sollten. An erster Stelle steht mit einer Zustimmung von 66,9 Prozent die Unabhängigkeit der europäischen Energieversorgung. Als weitere Bereiche, in denen die Befragten den dringendsten Handlungsbedarf verorten, folgen die Verteidigungsfähigkeit der EU-Staaten (52,8 Prozent), Inflationsbekämpfung in der EU (34,6 Prozent), Lebensmittelsicherheit (30,7 Prozent) und Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie (26,8 Prozent).

Abb. 2: Welche Ziele sollten nach Russlands Angriff auf die Ukraine Ihrer Meinung nach die höchste Priorität in der EU haben?
(max. drei Antworten)



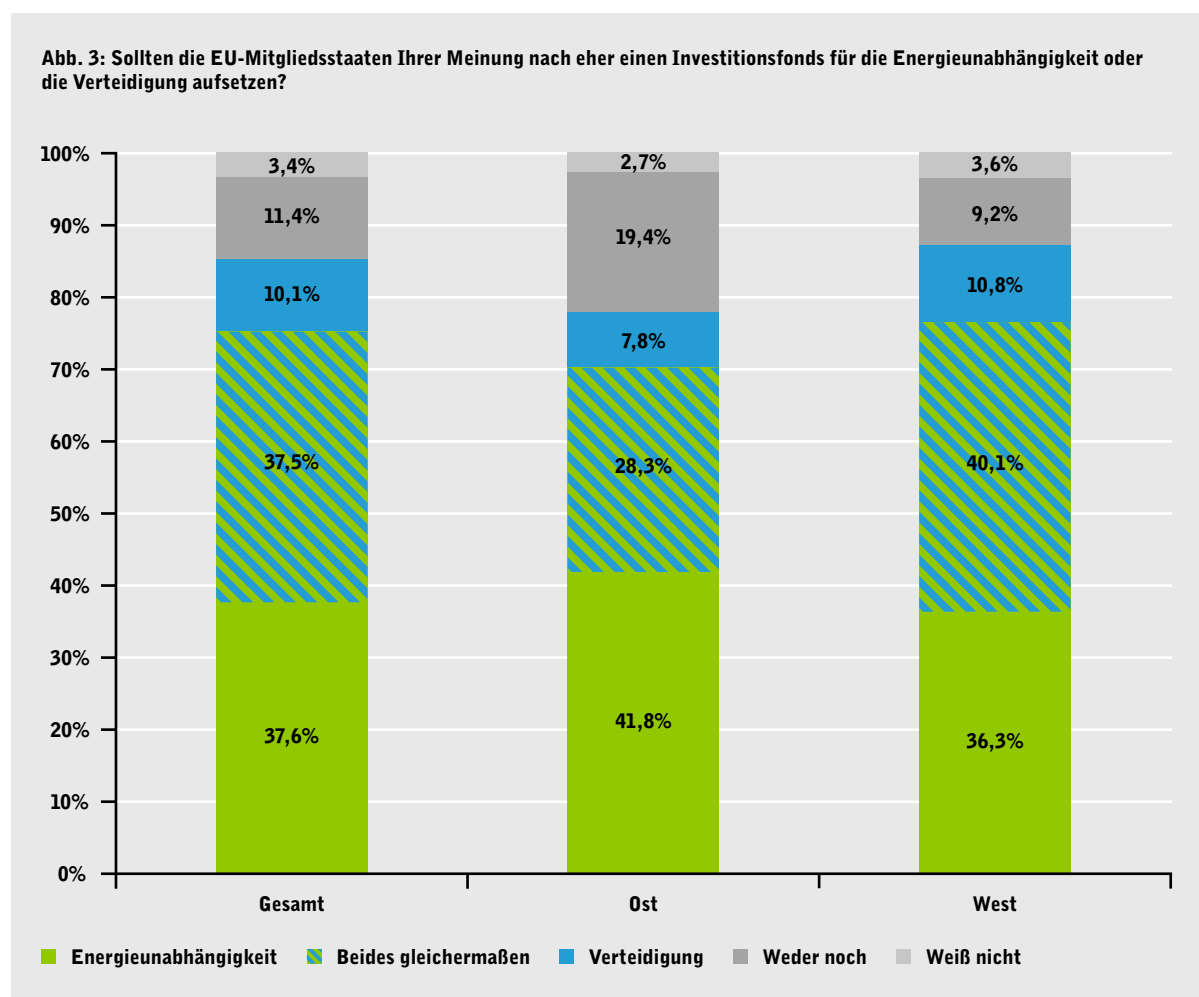
Interessanterweise herrscht auch bei dieser Prioritätensetzung Einigkeit zwischen den unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen in der Gesellschaft. So genießt beispielsweise in der Berufsgruppe der Arbeiterinnen und Arbeiter ebenfalls die Energieunabhängigkeit die höchste Priorität, gefolgt von der Inflationsbekämpfung. Anzunehmen ist, dass viele der Befragten die derzeit hohen Energiepreise auch mit der bestehenden Energieabhängigkeit von Russland in Verbindung bringen. Eine Gruppe, die sich bei dieser Frage erneut von allen anderen unterscheidet, sind die Anhängerinnen und Anhänger der AfD: Bei ihnen steht die Inflationsbekämpfung (43,7 Prozent) an oberster Stelle, gefolgt mit nahezu gleichen Anteilen von Lebensmittelsicherheit (33,0 Prozent) und Energieunabhängigkeit (32,5 Prozent).

Breite Unterstützung für neuen EU-Investitionsfonds

Aus zusätzlichen oder veränderten politischen Prioritäten folgen neue finanzielle Bedarfe für die EU. Manche EU-Staaten plädieren daher für einen neuen Investitionsfonds für Energieunabhängigkeit und Verteidigung, nach dem Vorbild des gemeinsamen Corona-Wiederaufbaufonds aus dem Jahr 2021 (siehe Einleitung). Die Umfrageergebnisse deuten auf eine breite Unterstützung in der deutschen Bevölkerung für ein solches EU-Investitionsinstrument hin. Nur 11,4 Prozent sprechen sich gegen einen neuen gemeinsamen Investitionsfonds aus. Unter den Befürwortenden sind 37,6 Prozent für einen Investitionsfonds für die Energieunabhängigkeit. Weitere 37,5 Prozent sprechen sich für einen Fonds aus, mit dem sowohl in Energieunabhängigkeit als auch Verteidigung

investiert wird. 10,1 Prozent bevorzugen Investitionen allein in die Verteidigungsfähigkeiten der EU.

Auch bei dieser Frage lohnt der Blick auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen: Zwischen den Befragten aus Ost- und Westdeutschland besteht der Unterschied, dass im Osten an erster Stelle Investitionen allein in die Energieunabhängigkeit stehen (41,8 Prozent), während im Westen eine relative Mehrheit (40,1 Prozent) in beide Bereiche gleichermaßen investieren möchte. Unterschiede gibt es erneut bei den Anhängerschaften der Parteien: Relative Mehrheiten für einen Investitionsfonds allein für Energieunabhängigkeit finden sich im Lager der Linken (68,3 Prozent) und Grünen (51,7 Prozent), während gleichermaßen Verteidigung und Energieunabhängigkeit unter den Unterstützenden von SPD (45,9 Prozent), CDU/CSU (44,2 Prozent) und FDP (38,0 Prozent) priorisiert werden. Die Anhängerschaft der AfD ist erneut ein Ausreißer in den Daten: Eine relative Mehrheit von ihnen (35,7 Prozent) spricht sich grundsätzlich gegen einen neuen Investitionsfonds auf EU-Ebene aus.



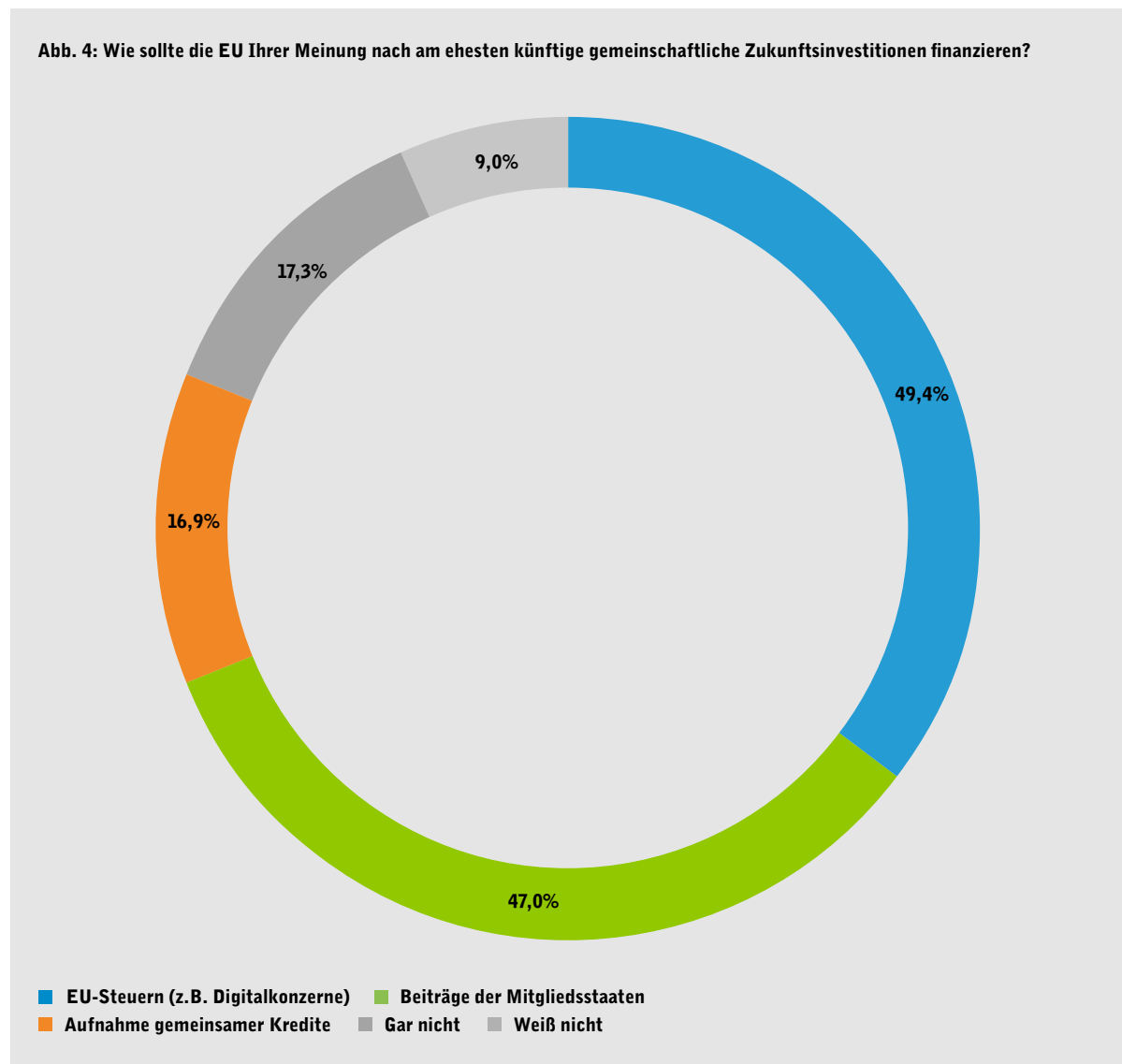
Die beschriebene Priorisierung von Investitionszielen (Energieversorgung als erstes, Verteidigung als zweites) bestätigt sich bei der allgemeinen Frage, in welche Bereiche Deutschland gemeinsam mit den anderen EU-Staaten investieren sollte. An erster Stelle, befürwortet von 69 Prozent der Befragten, steht die Energiesicherheit als Ziel gemeinsamer europäischer Ausgaben. An zweiter und dritter Stelle folgen die Verteidigung (64,5 Prozent) und der Klimaschutz (58,5 Prozent). Über ein Drittel (37,6 Prozent) sprechen sich zudem für Ausgaben in die soziale Sicherheit und etwas weniger (jeweils 31 Prozent) für Digitalisierung und die Landwirtschaft aus. Auch bei dieser Frage lehnt nur eine kleine Minderheit gemeinschaftliche Investitionen generell ab (6,1 Prozent). Zusammenfassend heißt das: Die Deutschen sind offen für einen neuen EU-Investitionsfonds. Dabei sind ihre Prioritäten hinsichtlich der Investitionsziele eindeutig: Fast drei Viertel sind der Meinung, dass die EU-Länder gemeinsam in die Energieunabhängigkeit investieren sollten, wovon die Hälfte eine Kombination aus Investitionen in Energieunabhängigkeit und Verteidigung befürwortet. Allein in die Verteidigung zu investieren, hält nur etwa jede/r Zehnte für sinnvoll. Auch mit Blick auf die nationale Ebene gibt es unter den Befragten eine positive Haltung zu Investitionen: 48,1 Prozent sind der Meinung, dass den EU-Mitgliedsstaaten aufgrund der aktuellen Krisen mehr Spielraum im nationalen Haushalt für Zukunftsinvestitionen gegeben werden sollte. 33,4 Prozent sprechen sich dagegen für strikte Haushaltsdisziplin in der EU aus, 18,5 Prozent sind unentschieden.

EU-Steuern als Finanzierungsquelle für Investitionen

Wenn zusätzliche gemeinschaftliche Investitionen in Europa getätigt werden sollen, drängt sich unweigerlich die Frage nach deren Finanzierung auf. Für den Corona-Wiederaufbaufonds haben die EU-Staaten gemeinsame Anleihen am Kapitalmarkt aufgenommen. Sie bekannten sich außerdem erstmals zu sogenannten «Eigenmitteln» für die EU, worunter beispielsweise eigene Steuereinnahmen für die europäische Ebene zu verstehen sind. Als EU-Steuern wurden in den letzten Jahren immer wieder eine Digitalsteuer, eine CO₂-Grenzabgabe für Importe, eine Finanztransaktionssteuer oder eine Plastiksteuer diskutiert. Bei den Deutschen stoßen solche europäische Steuereinnahmen als Finanzierungsquelle für Investitionen durchaus auf positive Resonanz: Mit einer Zustimmung von 49,4 Prozent liegen EU-Steuern als Finanzierungsweg für Gemeinschaftsinvestitionen vorne, dicht gefolgt von Beiträgen der Mitgliedsstaaten (47,0 Prozent). Die Aufnahme weiterer gemeinsamer Kredite befürworten hingegen nur knapp 17 Prozent.

Diese Ergebnisse sollten allerdings auch im Lichte des gespaltenen Meinungsbildes zum deutschen Finanzbeitrag betrachtet werden: Wie bereits im letzten Jahr, hält knapp die Hälfte (46 Prozent) der Befragten den deutschen Beitrag für angemessen oder sogar zu niedrig. Die andere Hälfte (51,3 Prozent) hält die finanziellen Beiträge Deutschlands zur EU für zu hoch. In der finanziellen Dimension des deutschen Selbstbildes in der EU herrscht somit eine geteilte Wahrnehmung vor: Die eine Hälfte sieht sich eher als «Zahlmeister» in Europa, während die andere Hälfte mit dem deutschen Beitrag in der Gesamtbilanz

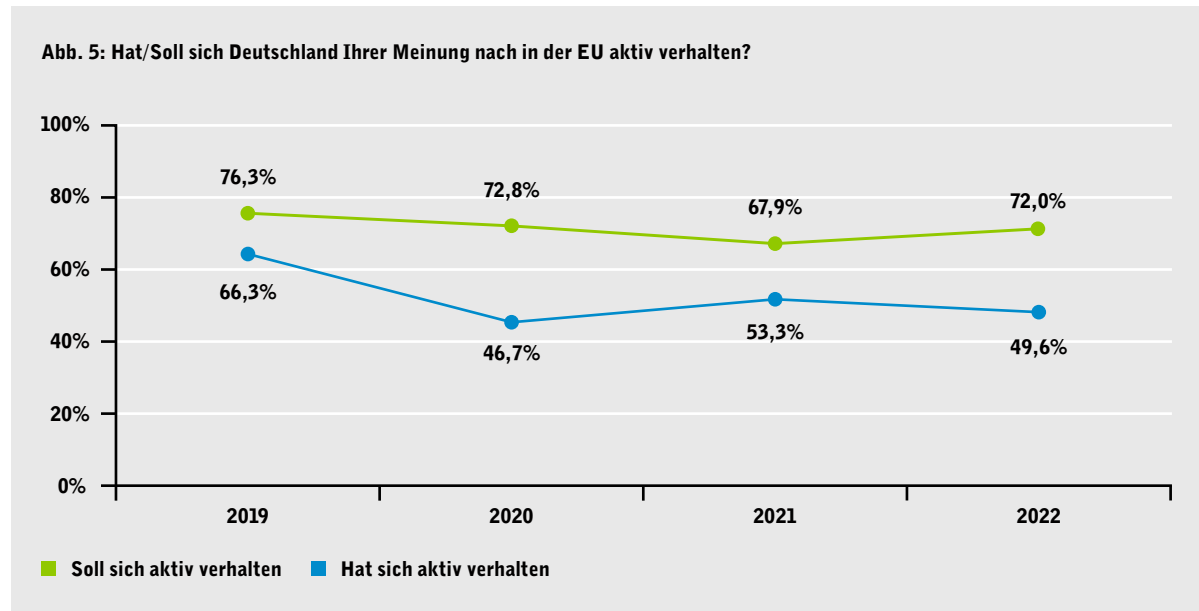
einverstanden ist bzw. ihn sich noch höher vorstellen könnte. Für die Ausstattung eines möglichen neuen EU-Investitionsfonds hat das zur Folge, dass in erster Linie ein verstärktes Bemühen um europäische Eigenmittel (siehe oben) im Sinne einer Mehrheit der Deutschen wäre, auch wenn sich damit gewiss nur ein Teil der Investitionen finanzieren ließe.



Deutschland soll in Europa aktiver werden

Neben der finanziellen Dimension ist das politische Verhalten Deutschlands auf EU-Ebene ein weiterer zentraler Aspekt des Selbstbildes und der Rolle Deutschlands in der EU (politische Dimension). Die Ergebnisse dieser Dimension sind in diesem Jahr von besonderem Interesse, da eine neue Bundesregierung erst im vergangenen Dezember vereidigt wurde und sich bereits knapp zweieinhalb Monate nach Regierungsübernahme durch Russlands Angriffskrieg mit einer enormen Bewährungsprobe auf europäischer Ebene konfrontiert sah. Blicken wir zunächst auf die Frage, ob Deutschlands Rolle in der EU in letzter Zeit eher aktiv oder passiv eingeschätzt wird: 49,6 Prozent sind der Meinung, dass sich Deutschland in der EU eher aktiv verhält. 39,6 Prozent nehmen die Bundesregierung in letzter Zeit

eher weniger aktiv wahr. Im letzten Jahr wurde Deutschlands Verhalten als aktiver wahrgenommen: 2021 meinten 53,3 Prozent, also knapp vier Prozent mehr, dass die Bundesregierung eine aktive Rolle in der EU spiele. Daher ist kaum verwunderlich, dass sich eine deutliche Mehrheit der Befragten ein aktiveres Verhalten für die Zukunft wünscht: 72 Prozent befürworten ein aktives Auftreten Deutschlands in der EU, dieser Wert ist ebenfalls um 4 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Nur 22,5 Prozent sprechen sich für eine weniger aktive Rolle in der Zukunft aus.



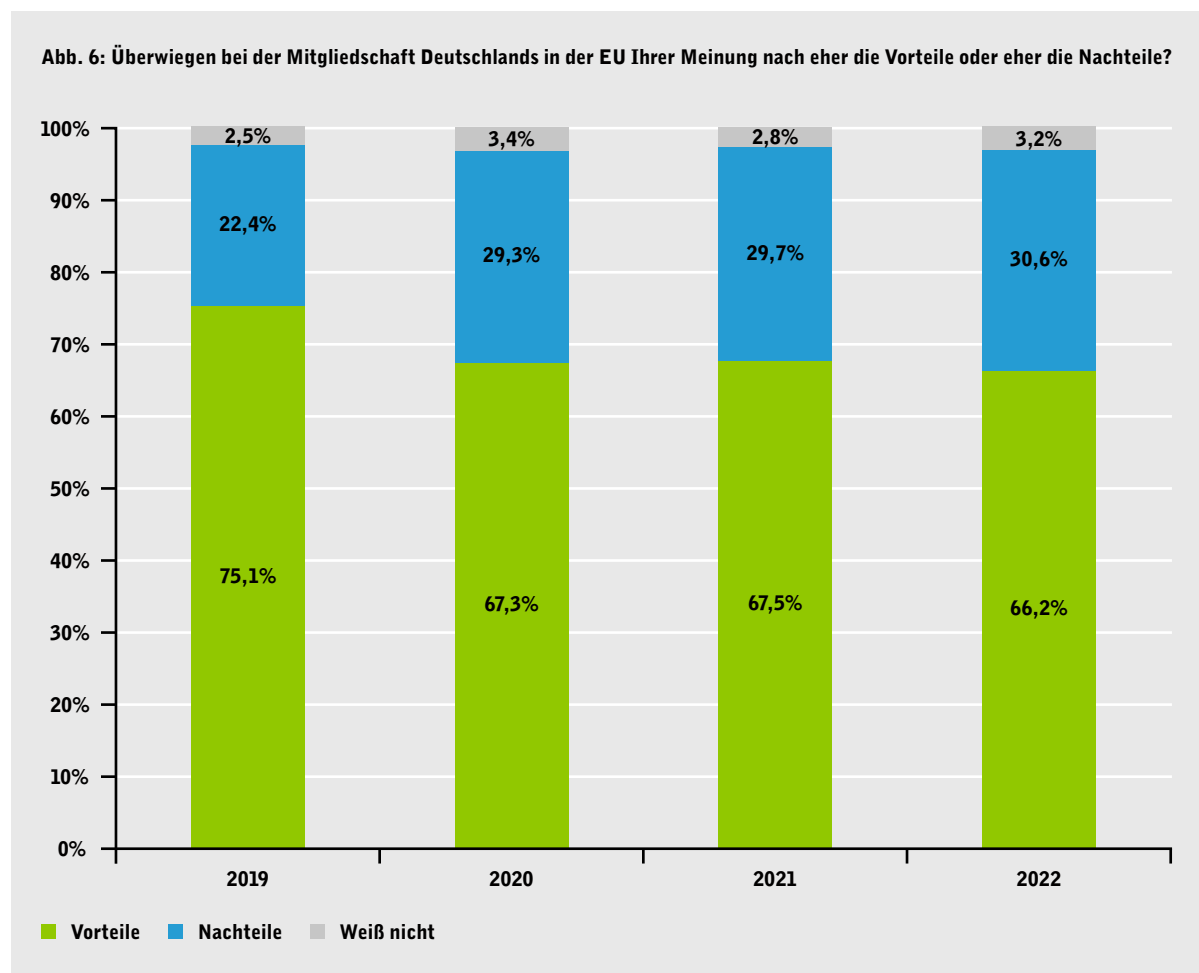
Neben einer aktiveren Rolle erwarten die Deutschen auch ein kooperativeres Auftreten von der Bundesregierung in Europa: Zwar bewerten 61,3 Prozent das deutsche Auftreten in der EU in letzter Zeit als kooperativ (30,9 Prozent für dominant), allerdings wünscht sich eine noch größere Mehrheit von 68,3 Prozent ein solches kooperatives Auftreten für die Zukunft (27,4 Prozent sind für ein dominantes Auftreten). Insgesamt müssen diese Ergebnisse im Kontext der Kritik von EU-Partnern an der Bundesregierung bezüglich ihres teils zögerlichen, teils abweichenden Verhaltens mit Blick auf die Maßnahmen gegen Russland gesehen werden (z.B. beim Gas-Embargo). Die Einstellungen der Bevölkerung lassen sich diesbezüglich als Plädoyer für eine aktivere und kooperative Europapolitik Deutschlands verstehen.

Stabile Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

Im Gegensatz zum leichten Dämpfer in der Bewertung der Europapolitik der Bundesregierung ist die pro-europäische Stimmung in Deutschland nach Russlands Angriff stabil geblieben (Kosten-Nutzen-Dimension). Nahezu unverändert im Vergleich zum Vorjahr, sehen zwei Drittel der Deutschen (66,2 Prozent) in der EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile. Für 30,6 Prozent überwiegen die Nachteile. Die mehrheitliche Zustimmung zur

EU-Mitgliedschaft liegt in sämtlichen Alters- und Bildungsgruppen vor. Im Osten ist die Zustimmung (52,5 Prozent) wie in den Jahren zuvor etwas niedriger als im Westen (69,9 Prozent). Einzig bei den Berufsgruppen zeigt sich in einer Untergruppe eine abweichende Haltung: Unter den «Arbeiterinnen und Arbeitern» sind 54,8 Prozent der Meinung, dass bei der deutschen EU-Mitgliedschaft die Nachteile überwiegen. Dieses Ergebnis könnte mit der pessimistischeren Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun haben, da die Bewertung der EU-Mitgliedschaft erfahrungsgemäß mit der Bewertung der ökonomischen Lage zusammenhängt (siehe unten).

Unterscheidet man die Befragten nach Parteipräferenz, dann wird auch an dieser Stelle die Spaltung zwischen der AfD und allen anderen Parteien deutlich sichtbar: Eine klare Mehrheit von 85,9 Prozent der AfD-Anhängerschaft ist der Meinung, dass die Nachteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen. Mehr Vorteile bei der EU-Mitgliedschaft sieht jeweils eine Mehrheit im Lager der Grünen (94,6 Prozent), SPD (83,8 Prozent), Die Linke (69,8 Prozent), FDP (65,4 Prozent) und CDU/CSU (62,7 Prozent).



Mehrheit sieht wirtschaftlichen und politischen Nutzen der EU

Eine Mehrheit der Deutschen ist auch im Jahr 2022 der Meinung, dass Deutschland wirtschaftlich und politisch von der EU profitiert. Allerdings haben sich die Zustimmungswerte in diesen beiden Kategorien im Vergleich zum Vorjahr in jeweils unterschiedliche Richtungen verändert. 48,8 Prozent (minus 4,5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr) sind der Meinung, dass rein wirtschaftlich gesehen der Nutzen der EU-Mitgliedschaft die Kosten überwiegt. 46,4 Prozent (plus 4,0 Prozentpunkte) meinen, dass die Kosten überwiegen. Zu erklären ist diese negative Entwicklung unter anderem mit der jüngst deutlich pessimistischer gewordenen Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, deren Einschätzung erfahrungsgemäß auf die Bewertung des wirtschaftlichen Nutzens der EU ausstrahlt. Generell schlägt sich zudem in diesem Stimmungsbild das noch immer fälschlicherweise verbreitete Narrativ, Deutschland sei «Zahlmeister Europas», nieder (siehe Kapitel 1).^[20]

In diesem Zusammenhang zeigen sich auch Unterschiede zwischen den sozioökonomischen Teilgruppen der Gesellschaft. Im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung gibt es nicht in allen Teilgruppen eine Mehrheit, für die der ökonomische Vorteil der EU überwiegt: Der Anteil derer, der die wirtschaftlichen Kosten höher als den Nutzen einschätzt, überwiegt unter Arbeiterinnen und Arbeitern (58,9 Prozent), Menschen mit mittlerem (56,2 Prozent) und niedrigem Bildungsabschluss (57,0 Prozent) sowie der Bevölkerung in Ostdeutschland (57,9) und ländlichen Gegenden (49,8 Prozent). In der Tendenz sind es wirtschaftlich vulnerablere Gruppen, für die eher die wirtschaftlichen Kosten der EU-Mitgliedschaft überwiegen. Für Menschen mit höherem Bildungsabschluss und höherer beruflicher Stellung überwiegt hingegen überdurchschnittlich häufig der wirtschaftliche Nutzen der EU-Mitgliedschaft. Diese Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen wurden in ähnlicher Weise bereits in den Vorjahren gemessen.

20 Laut *Forschungsgruppe Wahlen* hat sich der Anteil derjenigen, die der Meinung sind, dass es mit der deutschen Wirtschaft abwärts gehe, zwischen Januar und April 2022 auf 66 Prozent verdoppelt. Nur noch sechs Prozent meinen, dass es mit der Wirtschaft aufwärts gehe. Quelle: www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Wirtschaft_und_Soziales/#Wirtschaft

Abb. 7a: Überwiegen bei Deutschlands EU-Mitgliedschaft rein wirtschaftlich gesehen Ihrer Meinung nach eher die Kosten oder eher der Nutzen? (2019 bis 2022)

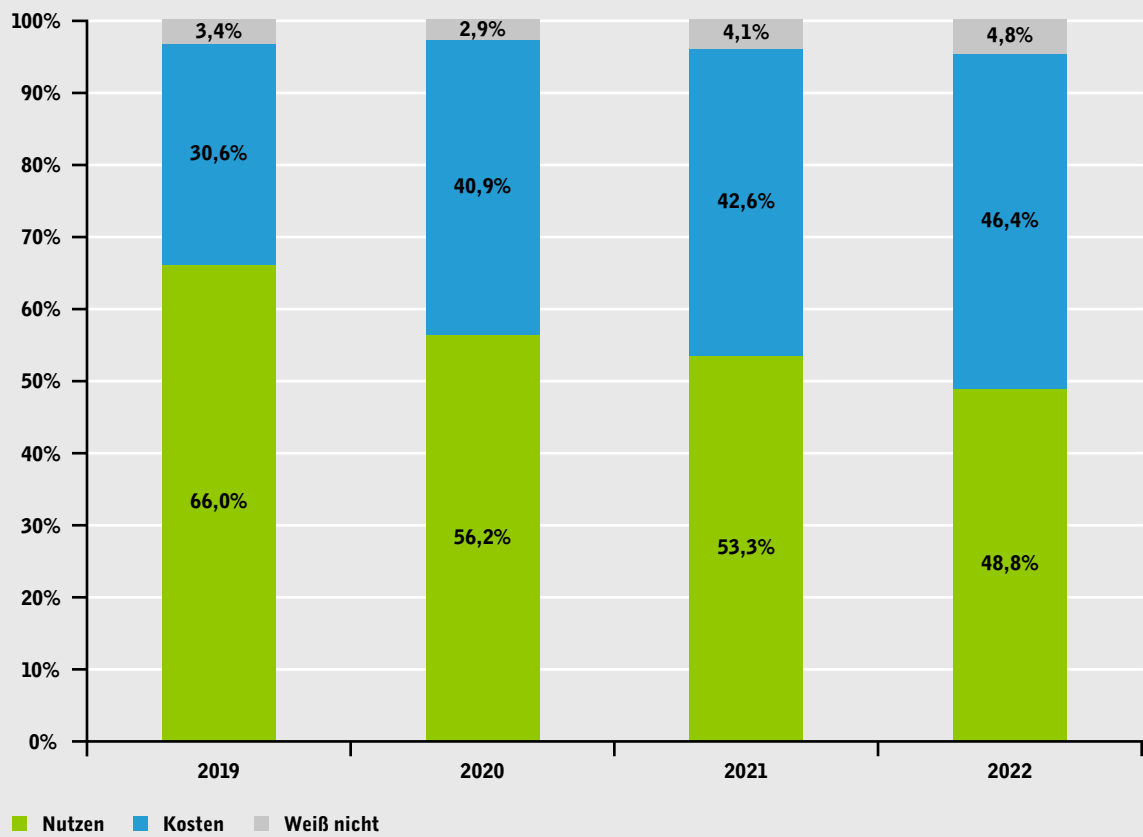
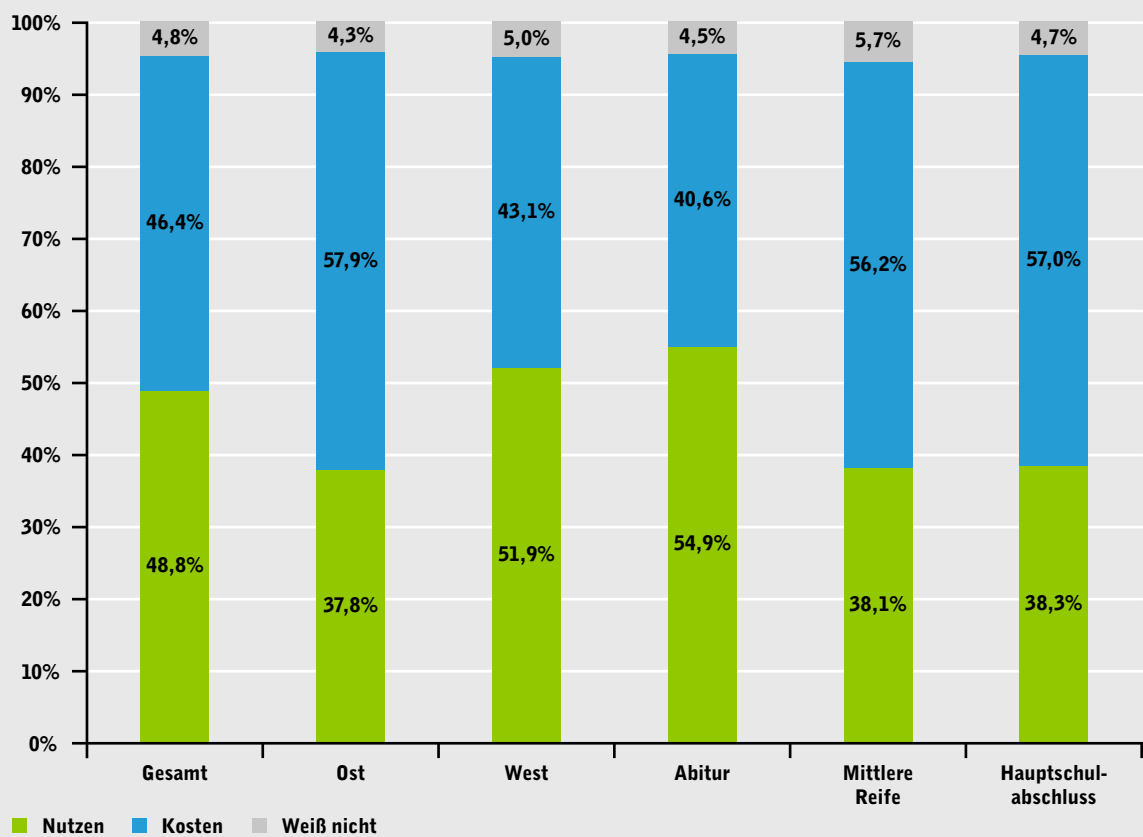
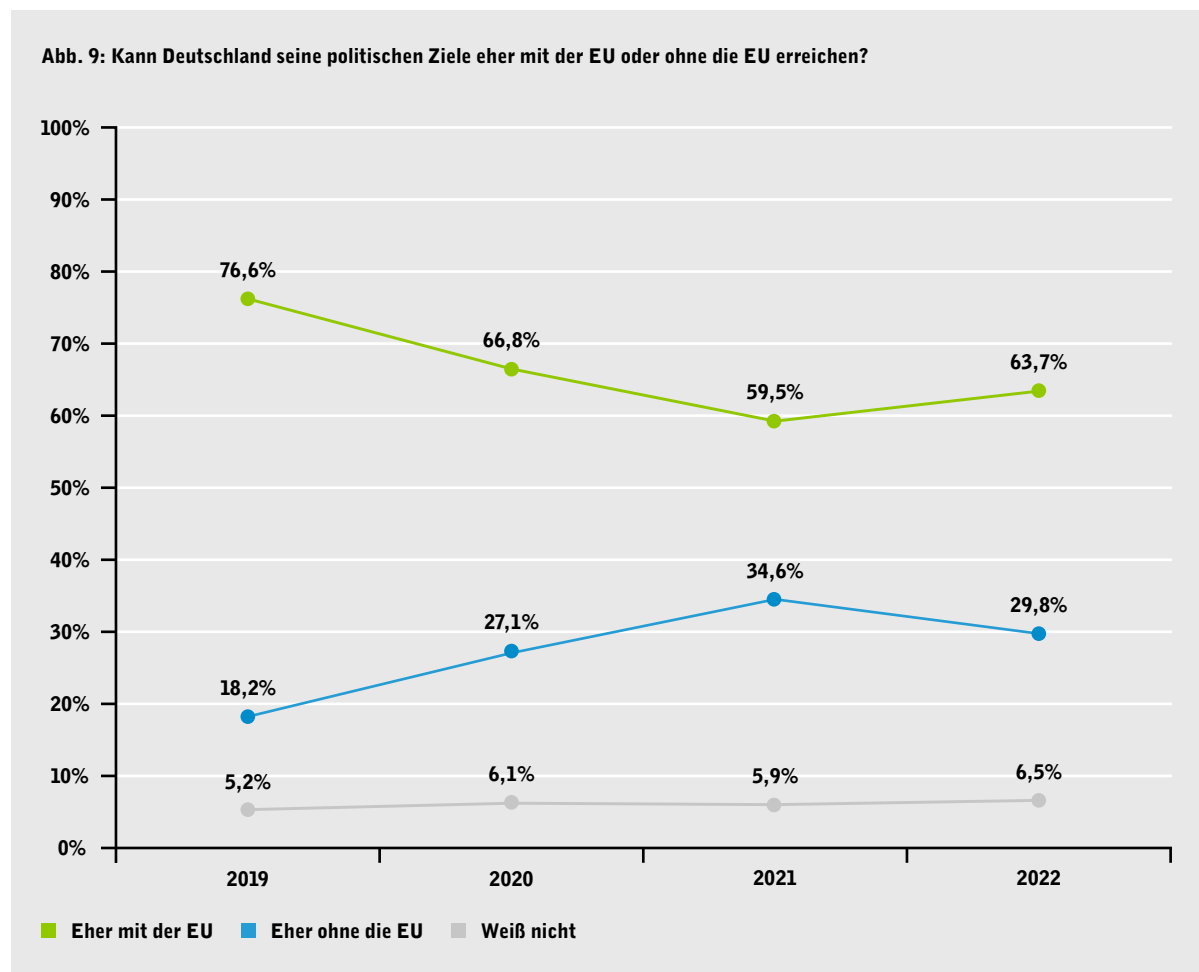


Abb. 7b: Überwiegen bei Deutschlands EU-Mitgliedschaft rein wirtschaftlich gesehen Ihrer Meinung nach eher die Kosten oder eher der Nutzen? (2022)



Eindeutiger fällt das Meinungsbild bei der Bewertung des politischen Nutzens der EU aus. Diesbezüglich liegt eine eindeutige pro-europäische Mehrheit unter den Deutschen vor, die im Vergleich zum Vorjahr sogar noch weiter angewachsen ist: 63,7 Prozent (2021: 59,5 Prozent) der Befragten sagen, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit als ohne die EU erreichen kann. 29,8 Prozent (2021: 34,6 Prozent) sind der Meinung, dass Deutschland besser ohne die EU seine Zielsetzungen umsetzen kann. Die Mehrheit für den politischen Nutzen wurde in allen Altersgruppen, Bildungsniveaus, Ost- und Westdeutschland sowie in ländlichen und städtischen Gegenden gemessen. Der Anstieg könnte damit zusammenhängen, dass den Bürgerinnen und Bürgern die Bedrohung von außen (Russland) und die geschlossene Reaktion der EU auf diese Bedrohung den geo- und sicherheitspolitischen Nutzen der europäischen Staatengemeinschaft in besonderer und aktueller Weise vor Augen geführt hat.



3 Erwartungen an die deutsche Europapolitik in der «Zeitenwende»

Die vorgestellten Umfrageergebnisse zeichnen ein aktuelles Bild über die Erwartungen der Deutschen an die Europapolitik der Bundesregierung. Sie liefern ein Stimmungsbild wenige Wochen nach der von Bundeskanzler Scholz deklarierten «Zeitenwende». Welche zentralen Trends sind erkennbar und welche politischen Ableitungen lassen sich daraus vornehmen? Die hier folgenden Ausführungen sind von der Frage geleitet, wie sich die deutsche Europapolitik für die Herausforderungen der «Zeitenwende» aufstellen sollte.

Aktivere Rolle Deutschlands in der EU

Ein deutliches Ergebnis der diesjährigen Umfrage ist, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger eine aktivere deutsche Europapolitik wünschen. Während nur noch knapp die Hälfte und damit signifikant weniger Befragte als im Vorjahr Deutschland zuletzt eine aktive Rolle zuschreiben, wünscht sich eine große Mehrheit zukünftig ein aktives Verhalten Deutschlands in der EU. Dabei geht es nicht um eine Führungsrolle, die sich in Dominanz ausdrückt, sondern die auf Kooperation setzt. Deutschland kommt als größtes und wirtschaftsstärkstes Land in der Mitte der EU eine besondere Verantwortung zu. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt an Deutschland besondere Anforderungen. Die Mehrheit der Deutschen erkennt diese Verantwortung an und erwartet von der Bundesregierung ein aktives und kooperatives europapolitisches Engagement. Die in der Sondersitzung des Bundestages am 27. Februar von der Bundesregierung angekündigten Handlungsanforderungen als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg fanden entsprechend großen und überwiegend positiven Anklang in der deutschen Öffentlichkeit.

Auch bei den europäischen Nachbarn sind die Erwartungen an Deutschlands Führungsverantwortung groß – größer als es in der deutschen Öffentlichkeit oftmals deutlich wird. Der Eindruck, die Bundesregierung übernehme zu wenig Verantwortung in Zeiten der Krise, kostet Vertrauen in die Zuverlässigkeit. Insbesondere in Mittelosteuropa, wo schon lange der Eindruck bestand, dass Deutschland seine Beziehungen zu Russland über das Interesse der mittelosteuropäischen EU-Partner stelle. Bereits 2011 warnte der damalige polnische Außenminister Radoslaw Sikorski im Zuge der Eurokrise: «Deutsche Stärke fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit.»^[21]

21 Rede von Radoslaw Sikorski am 28. November 2011 in der DGAP: <https://dgap.org/de/veranstaltungen/deutsche-macht-fuerchte-ich-heute-weniger-als-deutsche-untaetigkeit> Original Englisch: «I fear German power less than I am beginning to fear German inactivity.» Vgl. <https://euobserver.com/economic/114424>

Kürzlich lautete der Aufruf des belgischen Abgeordneten Guy Verhofstadt im Europäischen Parlament: «After the horrors of the Second World War there has emerged a strong and democratic Germany. From such a Germany I expect leadership: Leading by example and not dragging their feet».^[22] Ein europäisch eingebettetes Handeln und eine klare Kommunikation gegenüber den EU-Partnern ist deshalb gerade in Krisensituationen von besonderer Bedeutung für die Vertrauenswürdigkeit Deutschlands. Wie wichtig diese Signale für die Glaubwürdigkeit deutscher Europapolitik sind, zeigten die Reisen deutscher Regierungsmitglieder ins Baltikum und nach Mittelosteuropa, allen voran von Außenministerin Annalena Baerbock und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, die klare Botschaften mitgebracht hatten.

Um den angekündigten Paradigmenwechsel in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik tatsächlich und nachhaltig vollziehen zu können, ist eine aktiv geführte Debatte über Deutschlands Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur vonnöten. Ohne die kritische Auseinandersetzung mit alten Glaubenssätzen deutscher Außenpolitik (insbesondere dem Verhältnis zu Russland) wird sich ein solcher Wandel nur schwer vollziehen können. Diese müssen entlang der unterschiedlichen Parteipositionen aufgearbeitet werden. Zudem gilt es im Hinblick auf die EU, das alte Rollenverständnis als «politischer Zwerg und wirtschaftlicher Riese» zu überwinden, mit dem die Bundesrepublik die westeuropäische Nachkriegsordnung geprägt hatte. Dieses veraltete Selbstbild steht der Verantwortung, die Deutschland spätestens seit der Wiedervereinigung faktisch in Europa innehat, entgegen.^[23] Von den Bürgerinnen und Bürgern hat die Bundesregierung die Unterstützung für eine aktivere deutsche Europapolitik.

Die Ampelkoalition hat bei ihrer Konstituierung diese Herausforderung angenommen und sich zum Auftrag gemacht. Im Koalitionsvertrag heißt es: «Als größter Mitgliedstaat werden wir unsere besondere Verantwortung in einem dienenden Verständnis für die EU als Ganzes wahrnehmen.»^[24] Diese Verantwortung sollte sich nicht nur in einer moderierenden Haltung übersetzen, die auf die Einheit und den Status quo der EU abzielt, sondern auch in

22 Guy Verhofstadt: Rede im Europäischen Parlament am 6. April 2022, <https://twitter.com/guyverhofstadt/status/1511667812137377804>

23 Z.B. Christine Pütz: Ewiger Hegemon versus politischer Zwerg. Leit motive der Kritik an Deutschlands Rolle in Europa, 2016: S. 24–34, in: Frankreich und Deutschland – Bilder über den Nachbarn in Zeiten des Krieges, Hrsg. von Heinrich-Böll-Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. www.boell.de/sites/default/files/frankreich_und_deutschland_-_bilder_ueber_den_nachbarn_in_zeiten_der_krise.pdf

24 Koalitionsvertrag von SPD, Grüne und FDP, 2021–2025, <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Koalitionsvertrag-SPD-GRUENE-FDP-2021-2025.pdf>

einer proaktiven, gestaltenden Führungsrolle, die auf eine zukunftsweisende Politikgestaltung und eine handlungsfähige EU setzt.^[25]

Europäische Handlungsfähigkeit stärken

Der zweite bemerkenswerte Trend der vorliegenden Umfrageergebnisse bezieht sich auf die Handlungsfähigkeit europäischer Politik. Mehr Befragte als im Vorjahr sind davon überzeugt, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit der EU als alleine erreichen kann. Sie halten gemeinsames europäisches Handeln wirkungsvoller als nationale Alleingänge. Bezogen auf die aktuelle Bedrohung der europäischen Sicherheitsordnung befürwortete eine große Mehrheit das gemeinsame Vorgehen der EU in den ersten Wochen nach dem russischen Angriff. Es erfolgte geschlossen, schnell und substantiell. Gleichzeitig haben die Deutschen klare Vorstellungen über die anstehenden politischen Prioritäten, die die Bundesregierung gemeinsam mit ihren EU-Partnern als Reaktion auf die Folgen des Krieges treffen soll: Energieunabhängigkeit, Verteidigung und eine wirtschaftliche Stabilität (auf der Mikro- und Makroebene) sind die wichtigsten Themen.

Diese Prioritäten sind weitgehend vereinbar mit jenen, auf die sich die Staats- und Regierungschefs am 11. März 2022 bei ihrem Gipfeltreffen in Versailles verständigt haben. Die EU will ihre Verteidigungsfähigkeiten stärken, die Sicherheit der Energieversorgung gewährleisten und eine robustere wirtschaftliche Basis aufbauen. Durch den russischen Angriffskrieg wird der strategischen Souveränität der EU eine ganz neue Bedeutung beigemessen. Sie ist mehr als eine politische Formel, sie ist zum politischen Imperativ für Europas Zukunft geworden. Deutschland sollte aktiv an der Umsetzung dieser vereinbarten Prioritäten mitwirken und mit gutem Beispiel vorangehen.

Nur eine handlungsfähige EU wird die aktuellen und zukünftigen Bedrohungen und Herausforderungen meistern können. Bereits 2017 hatte der damals neu gewählte französische Staatspräsident Emmanuel Macron in seiner Sorbonne-Rede seine Ideen zu Europäischer Souveränität dargelegt.^[26] Er unterbreitete sie auch als Angebot an Deutschland, die Handlungsfähigkeit der EU mit gemeinsamen Initiativen zu stärken. Eine Antwort seitens der damaligen Bundesregierung hatte er darauf nie bekommen. Die Neuwahl Macrons ist ein guter Zeitpunkt für die Ampelregierung, gemeinsam mit Frankreich Reformprojekte anzupacken und auf der Grundlage der Empfehlungen der Zukunftskonferenz der EU anzugehen. Dies ist demokratiepolitisch dringend geboten. Die Hinwendung vieler Menschen zu

25 Ronja Kempin und Nicolai von Ondarza: Von der Status-quo-Macht zum Reformmotor, 27.01.2022, www.swp-berlin.org/publikation/deutschlands-kuenftige-rolle-in-der-europaeischen-union-von-der-status-quo-macht-zum-reformmotor

26 Rede von Emmanuel Macron am 26. September 2017 an der Pariser Sorbonne-Universität, www.diplomatie.gouv.fr/de/aussenpolitik-frankreichs/frankreich-und-europa/staatsprasident-macron-initiative-fur-europa

extremen und autoritären Kräften erfordert auch in Europa eine wehrhafte Demokratie. Dies beinhaltet auch ein konsequentes rechtsbasiertes Vorgehen der EU gegen Abbau und Verletzung von Rechtsstaatlichkeit in ihren Reihen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf zu achten, dass die für die sicherheitspolitische Bedrohung und Verteidigung der Demokratie nach Außen notwendige europäische Einheit nicht auf Kosten der Verteidigung der Demokratie im Inneren der EU geht.^[27] Deshalb verdient die Europäische Kommission bei der Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus die volle Unterstützung der Bundesregierung. Auch die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vielen Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiges Anliegen ist.

Handlungsfähigkeit der EU bedingt zusätzlich auch Entscheidungsprozesse, die verbindliche Entscheidungen in einem absehbaren Zeitraum ermöglichen.^[28] Deshalb sollten Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat ausgeweitet werden. So kann vermieden werden, dass wichtige Entscheidungen verschleppt werden oder Vetoplayer langwierige Verhandlungen nur mit enttäuschenden Ergebnissen des kleinsten gemeinsamen Nenners enden lassen.^[29] Wichtiger als institutionelle Reformen ist aber der politische Willen der EU-Staaten, gemeinsam zu handeln. Deutschland sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen. Effektivitätsmängel europäischer Politik können das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und ihre generelle Zustimmung zur Idee der europäischen Integration beschädigen. Und schließlich bedarf Handlungsfähigkeit finanzpolitische Ermöglichung, damit Politik die entsprechende gestaltende Wirkung entfalten kann. Auch hierzu kann die vorliegende Umfrage bemerkenswerte Ergebnisse vorweisen.

Mit Investitionen Europas Zukunft nachhaltig gestalten

Neben einer aktiveren Rolle Deutschlands und der Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit ist die deutliche Befürwortung gemeinsamer europäischer Zukunftsinvestitionen der dritte zentrale Befund in den Umfrageergebnissen. Eine große Mehrheit befürwortet, dass Deutschland gemeinsam mit seinen EU-Partnern mehr Geld in die europäische Zukunftsfähigkeit investiert. Diese Haltung hängt mutmaßlich auch mit der gestiegenen Wahrnehmbarkeit an mangelnder gesellschaftlicher Resilienz in den Krisen der letzten Jahre

27 Euractiv, Sophie Pornschlegel: The EU should not turn a blind eye to Putinist methods at home, 05.04.22, www.euractiv.com/section/europe-s-east/opinion/the-eu-should-not-turn-a-blind-eye-to-putinist-methods-at-home

28 Nicolai von Ondarza und Marco Overhaus: Strategische Souveränität neu denken. Narrative und Prioritäten für Europa nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, SWP-Aktuell 2022/A 29, 11.04.2022, 8 Seiten, www.swp-berlin.org/10.18449/2022A29

29 Vgl. Selbstverständlich europäisch!? 2021: 81 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sprachen sich dafür aus, dass der Europäische Rat zukünftig mehr Entscheidungen mit Mehrheit statt Einstimmigkeit treffen soll. Nur knapp 15 Prozent waren dagegen. www.boell.de/de/2021/06/15/selbst-verstaendlich-europaeisch-2021

zusammen: Gegen die Auswirkungen als auch die Verschärfung der Klimakrise hat das Land jahrelang zu wenig gemacht, am deutlichsten zuletzt spürbar in der Flutkatastrophe im Sommer 2021. Für Bewältigung und Umgang mit der Pandemie waren das öffentliche Gesundheitssystem, die Digitalisierung systemrelevanter Bereiche (z.B. Schulen, Gesundheitsämter, Verwaltung) und das staatliche Krisenmanagement nicht ausreichend gewappnet. Und die jüngste kollektive Erkenntnis besteht angesichts des russischen Angriffskriegs darin, dass Europa dringend für eine rasche Energieunabhängigkeit und eine angemessene Verteidigungsfähigkeit sorgen muss.

Um mehr Resilienz und Handlungsfähigkeit in diesen Bereichen zu erreichen, hat die Bundesregierung für eine neue Investitionsagenda in Europa die Unterstützung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger:

Erstens geht es darum, dass die EU-Staaten gemeinsam noch stärker als bisher in die Energie- und Verteidigungspolitik investieren. Die Unabhängigkeit der Energieversorgung in Europa ist ein großes Projekt, das in den European Green Deal eingebettet auch die Dekarbonisierung der Energieversorgung vorantreiben muss. Für den Bereich der Verteidigung wäre nun der geeignete Zeitpunkt, um an bereits vorhandene Ansätze («Strategischer Kompass der EU») anzuknüpfen^[30] und eine europäische Verteidigungspolitik mit gemeinsamen Strukturen und Kapazitäten zu verwirklichen. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigten Neuausgaben von über 100 Milliarden Euro beziehen sich bislang allein auf die Bundeswehr. Die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungskapazitäten wie auch der Aufbau gemeinsamer Verteidigungsstrukturen kommt seit Jahren auf europäischer Ebene nur punktuell voran. Für beide Ziele wäre ein neuer gemeinsamer EU-Investitionsfonds denkbar. Für die Finanzierung eines neuen Investitionsinstruments sollte sich die Bundesregierung stärker als bislang um die Schaffung eigener Einnahmenquellen für die EU bemühen, wozu die EU-Kommission im letzten Dezember einen Vorschlag vorgelegt hat.^[31] Einnahmentechnisch relevant wären in erster Linie europäische Steuern, beispielsweise die seit langer Zeit diskutierten Digital- und Finanztransaktionssteuer. Denkbar wäre zudem eine Plastiksteuer und eine CO₂-Grenzabgabe, die direkt zur Erreichung von Zielen der europäischen Klima- und Umweltpolitik beitragen würden.

Zweitens: Am Beispiel der deutschen Ausgaben für die Bundeswehr mittels eines «Sondervermögens», das letztlich nichts anderes als ein schuldenfinanzierter Nebenhaushalt ist, werden die gestiegenen Anforderungen an die nationalen Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten deutlich. Die europäischen Fiskalregeln definieren unter anderem Obergrenzen für

30 Europäischer Rat: Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt, 21.03.22, www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade

31 EU Kommission: The Commission proposes the next generation of EU own resources, 22.12.21, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_7025

das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand (Maastricht-Kriterien) der Mitgliedsstaaten. Krisenbedingt sind die Fiskalregeln derzeit auf Basis einer Ausweikklausel ausgesetzt. Debattiert wird daher derzeit über eine reformierte Wiedereinsetzung der Regeln für die Zukunft. Die Bundesregierung sollte sich stärker als bislang für eine Flexibilisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts engagieren, die nachhaltige Investitionen in den EU-Mitgliedsstaaten weiter ermöglicht.^[32] Krisenverschärfendes Sparen wäre ein ebenso falscher Ratgeber wie unsolide Haushaltsführung in guten Zeiten. Zentral ist, dass die Fiskalregeln keine falschen Anreize gegen sinnvolle Zukunftsinvestitionen setzen. Vielmehr könnten Investitionen in die Dekarbonisierung beispielsweise über eine «Green Golden Rule» – entsprechend der Methode der Nebenhaushalte für nachhaltige grüne Investitionen – gesondert behandelt werden. Auch die Fristen für eine Rückführung der Schuldenstände sollten verlängerbar sein, damit notwendige Zukunftsinvestitionen nicht nachrangig gegenüber dem Schuldenabbau behandelt werden. Außerdem sind Ausgaben in den sozialen Zusammenhalt angesichts der stark steigenden Verbraucherpreise von immens großer Bedeutung. Die Umfragedaten zeigen, dass insbesondere bei ökonomisch vulnerablen Gruppen derzeit die Verunsicherung steigt. Gegenüber diesen Gruppen darf Europa gerade in Krisenzeiten sein soziales Versprechen nicht vernachlässigen. Soziale Fragen sind insbesondere in den ländlichen Räumen eines der zentralen Wahlthemen, mit denen rechts-extreme Parteien in Europa punkten, so wie es in Frankreich und auch in Ungarn jüngst zu beobachten war. Viele Menschen auf dem Land fühlen sich von der Politik im Stich gelassen, wenn diese die öffentliche Daseinsvorsorge nicht in ausreichendem Maße gewährleistet. Öffentlicher Nahverkehr, Verwaltung, Gesundheitsversorgung findet in kleineren Orten häufig nicht mehr statt. Will die EU nicht das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit liberaler Demokratien verlieren, so muss sie sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen miteinander verknüpfen und aktiv ermöglichen. Ansätze dafür sind durch den «Just Transition Fund» und den «Social Climate Fund» vorhanden.^[33] Die Bundesregierung sollte an dem Ausbau einer solchen Agenda für eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Europa aktiv mitwirken.

Drittens gilt es auch für ein günstigeres Umfeld für grüne nachhaltige private Investitionen in Europa zu sorgen. Insbesondere im Bereich der Digitalisierung und ökologischen Transformation liegt die Entwicklung wie auch der Einsatz von moderner Technologie häufig in der Hand von privaten Akteuren. Schnellere Verwaltungsverfahren bei der Genehmigung von Investitionsvorhaben sind geboten, um der Dringlichkeit transformativer Prozesse gerecht zu werden. Entsprechende Auflagen, die aufgrund des Binnenmarkts europäisch geregelt werden, sollten möglichst bald verbessert werden, um Investitionen in Europa attraktiver und schneller umsetzbar zu machen.

32 Vgl. hierzu den jüngsten Vorschlag von Spanien und den Niederlanden, der vorsieht, die Ausgaberegeln zu vereinfachen und Investitionen in den grünen und digitalen Umbau der Wirtschaft besonders zu berücksichtigen: www.handelsblatt.com/politik/international/stabilitaetspakt-ungewohnte-alli-anz-spanien-und-niederlande-fordern-neue-euro-schuldenregeln/28227800.html

33 Europäisches Parlament: Fact Sheet: Just Transition Fund, www.europarl.europa.eu/factsheets/en/sheet/214/just-transition-fund

Fazit

Die Umfrageergebnisse der diesjährigen Studie zeigen, dass die Erwartungen der Deutschen an die deutsche Europapolitik gestiegen sind. Wenige Wochen nach der «Zeitenwende» wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger, dass Deutschland seiner besonderen europapolitischen Verantwortung als größtes Land in der EU gerecht wird. Eine große Mehrheit befürwortet eine aktivere deutsche Europapolitik. Zudem halten mehr Befragte als noch im letzten Jahr gemeinsames europäisches Handeln wirkungsvoller als nationale Alleingänge. Sie sind davon überzeugt, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit der EU als alleine erreichen kann. Gleichzeitig haben die Bürgerinnen und Bürger klare Vorstellungen von den anstehenden politischen Prioritäten, die die Bundesregierung gemeinsam mit ihren EU-Partnern als Reaktion auf die Folgen des Krieges setzen soll. Energieunabhängigkeit und Verteidigung stehen dabei an oberster Stelle. Für deren finanzielle Ermöglichung gibt es eine überwältigende Mehrheit für gemeinsame Zukunftsinvestitionen. Die Bundesregierung kann auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für die europapolitische Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation bauen.

Im Koalitionsvertrag betont die neue Bundesregierung die Bedeutung von Investitionen für die Handlungsfähigkeit der EU und den Nutzen des Wiederaufbaufonds, der «im elementaren deutschen Interesse» liege. Damit bricht die Bundesregierung mit dem Narrativ von Deutschland als «Zahlmeister Europas» und zeigt den wirtschaftlichen Nutzen der deutschen EU-Mitgliedschaft auf. Dies ist ein wichtiges Signal für die zuweilen verzerrte Kosten-Nutzen-Rechnung, die in der öffentlichen Debatte immer wieder auftaucht und die Wahrnehmung vieler Deutscher prägt.

Europapolitisch stellt die «Zeitenwende» die EU vor neue Herausforderungen. Es geht jetzt darum, Europa und damit auch Deutschland zukunftsfähig zu machen. Insgesamt sind die Erwartungen an die Handlungsfähigkeit der EU hoch. Die Bundesregierung hat von den Bürgerinnen und Bürgern den Auftrag, mit einer aktiven Gestaltungsrolle ihrer besonderen Verantwortung gerecht zu werden.

Anhang: Zum methodischen Vorgehen

Für die vorliegende Studie hat das Meinungsforschungsunternehmen Civey im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung zwischen dem 1. und 3. April 2022 5.000 Personen befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland ab 18 Jahren. Der statistische Fehler der Gesamtergebnisse liegt bei 2,5 Prozent.

Der Fragebogen für die vierte Ausgabe der jährlichen Studie bestand aus insgesamt 15 Fragen. Der größte Teil der Fragen ist identisch zu den Fragen der Vorgängerstudien und bezieht sich auf die in Kapitel 1 vorgestellten drei Dimensionen zum Selbstbild Deutschlands in der EU. Sie wurden auf der Basis von qualitativen Fokusgruppen entwickelt (political strategic research). Der aktuelle Fragebogen von 2022 wurde durch sechs zusätzliche aktualitätsbezogene Fragen ergänzt.

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Johannes Hillje arbeitet als selbstständiger Politik- und Kommunikationsberater in Berlin und Brüssel und ist Policy Fellow bei *Das Progressive Zentrum*.

Dr. Christine Pütz ist Politikwissenschaftlerin und als Referentin Europäische Union in der *Heinrich-Böll-Stiftung* tätig.

Wir danken Michael Alvarez-Kalverkamp, Marc Berthold, Sophie Pornschlegel und Eva van de Rakt für ihre hilfreichen Kommentare.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Fachkontakt: Dr. Christine Pütz, Referat EU **E** puetz@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Mai 2022

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Cover-Foto: Christian Lue (Unsplash)

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere E-Books zum Downloaden unter www.boell.de/publikationen